

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal egl. Postgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
CoppfstraÙe 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Pettzeile 20 Pf.
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatangehörige ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Pro. 44

Stuttgart, den 3. November 1900

16. Jahrgang

Die reisenden Kollegen werden ersucht, bei ihrer Zureise nach den Städten, wo Lohnbewegungen stattgefunden haben, bevor sie Stellung nehmen, sich zunächst bei den betreffenden Bevollmächtigten resp. Unterstützungsauszahlern nach den dortigen Minimallohnen, der Arbeitszeit u. zu erkundigen.

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

1. Die Zahlstelle Bonn ist aufgehoben.
2. Buchbinder H. Soetebeer hat als Bevollmächtigter der Zahlstelle Danzig Verbandsgelder veruntreut und ist dann von dort heimlich abgereist. Wer den Aufenthalt des Soetebeer kennt, wird ersucht, dem Verbandsvorstand Kenntniß davon zu geben.
3. Ausgeschlossen nach Bestimmung des § 14 b im Statut wurde Hermann Soetebeer aus Hamburg, geboren am 15. Januar 1863. Buch-Nr. 16 678.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Die Erhebung der Extrasteuer

hat in einigen Zahlstellen den lebhaften Unwillen der Verbandsmitglieder erregt. Die Proteste einiger kleinen, und namentlich jüngst gegründeter Zahlstellen, „daß sie nicht immer für die großen bluten wollen“, und ihr Vorschlag, sie von der Extrasteuer zu befreien und diese nur den Zahlstellen aufzuerlegen, welche von der Lohnbewegung namhafte Vorteile erzielt haben, entbehrt ja nicht des Anscheines einer gewissen Berechtigung. Nun scheint aber gerade in der größten Zahlstelle: Berlin, wo die erlangenen Vorteile der diesjährigen Lohnbewegung die größten waren, die Ausdehnung der Extrasteuer auch keine besonderen Sympathien erregt zu haben.

Wir begreifen es, wenn von den kleineren Städten behauptet wird, durch die Erhöhung der Beiträge sei ihnen die Agitation erschwert, wir begreifen auch, wenn der Nothschrei von Berlin aus den Nebenbranchen kommt, in denen die Agitation ungemein schwer zu betreiben ist, da auch diese, wie die kleineren Zahlstellen von den Vorteilen der letzten Lohnbewegung nicht direkt berührt wurden, keineswegs kann man aber glauben, daß die Buchbinder, welche Lohnaufbesserungen von wöchentlich 2 Mk. und darüber erhalten haben, nicht 10 Pfennig höhere Beiträge zahlen wollten und von diesen die Gegenagitation gegen die Extrasteuer ausgeht.

Sicher sind sich auch unsere Verbandsbehörden, Vorstand und Ausschuß, dieser Schwierigkeit bei der Ausdehnung der Extrasteuer bewußt gewesen und man hätte sicher einen anderen Weg gewählt, um die notwendige Stärkung der Verbandskasse herbeizuführen, wenn ein solcher offen gestanden hätte.

Die Verhältnisse sind heute wesentlich andere, als im Jahre 1896. Um dieses des Näheren zu erläutern und um die irrtümliche Meinung, als sei eine weitere Besteuerung der Mitglieder jetzt nicht nötig, da die Lohnkämpfe zum größten Teil vorüber sind, zu widerlegen, vergegenwärtigen wir uns einmal die zukünftige Situation.

Die diesjährige Lohnbewegung wird der Verbandskasse rund 100 000 Mk. gekostet haben. In den letzten drei Jahren der ruhigen Entwicklung un-

serer Organisation, in der in unserem Gewerbe Streiks sehr vereinzelt stattgefunden haben, bezifferte sich der Uberschuß jährlich auf rund 30 000 Mk. Wir wären also unter den gegebenen Verhältnissen innerhalb drei Jahren, d. h. mit Ablauf des Tarifs, in der Lage, unseren Kassenbestand etwa wieder auf die gleiche Höhe zu bringen, wie er vor unserer Bewegung in diesem Jahre war — vielleicht auch um wenige Tausend Mark mehr, wenn der jetzige Mitgliederzuwachs der Organisation erhalten bleibt. Nun ist aber auf keinen Fall daran zu denken, daß in den nächsten Jahren die ruhige Entwicklung unseres Verbandes so weiter geht. Die für die Organisation so notwendige Ruhe, die wir im Gegensaß zu so vielen anderen Gewerkschaften in der Zeit zwischen unseren großen Lohnbewegungen hatten, wird uns voraussichtlich für die Zukunft nicht beschert sein. Die Innehaltung der jetzt für verschiedene Städte vereinbarten Arbeitsbedingungen wird versucht werden zu durchbrechen. Dem Bestreben der Kollegen, die Verbesserung der elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten, die bisher nicht in der Lage waren, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen — aus Rücksicht auf die Großstädte unterließen vielleicht auch manche eine Bewegung — muß der Verband in nächster Zeit hilfreich und thätig zur Seite stehen. Den Lohnverhältnissen in den Kleinstädten muß in nächster Zeit unbedingt mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden; mit kurzen Worten: **Die Aufrechterhaltung und Einführung des Tarifs wird Kämpfe und nicht unbedeutende Kosten verursachen.** Dazu kommt noch, daß auch in den Nebenbranchen eine Regsamkeit zu spüren ist, die auf eine Lohnbewegung hinausläuft.

Nicht zu übersehen ist aber ferner, daß wir, wie alle Anzeichen lehren, tatsächlich in einen Niedergang der Industrie gerathen; zwar hat sich dies bisher nur in einigen Industriezweigen bemerkbar gemacht, aber trotzdem können wir uns dem sicher nicht mehr verschließen, daß mindestens die günstige industrielle Prosperität der letzten Jahre nicht mehr anhält. Das bedingt natürlich allgemein eine größere Arbeitslosigkeit, die sich auch in unserem Gewerbe bemerkbar machen wird und somit höhere Unterstützungssummen für Arbeitslose erfordert. Ein schlechter Geschäftsgang wird aber manchen Prinzipal geneigter machen, eine Herabsetzung der Löhne zu versuchen, welcher Versuch dann wieder von der Organisation gebührend zurückgewiesen werden muß.

Alle diese Verhältnisse mögen unsere Mitglieder sich einmal vor Augen führen und dann bedenken: Wie wird die Organisation nach drei Jahren, nach Ablauf des jetzigen Tarifs, dastehen! Werden wir eventuell in der Lage sein, dann Forderungen stellen zu können?

Die diesjährige Lohnbewegung hat zwar gezeigt, daß wir vermöge unserer Organisation sehr wohl

in der Lage waren, unseren Arbeitgebern Respekt einzuflöhen, unsere vorhandenen Geldmittel haben wohl bewirkt, daß sich die Prinzipale unseren Forderungen gefügig zeigten; sie hat aber auch gezeigt, daß wir nur unserer eigenen Kraft vertrauen dürfen und daß zur strikten Durchführung geforderter Forderungen eine größere bereitliegende Summe nur einen Kampf günstig beeinflussen kann. Die Einführung eines allgemeinen Tarifs für ganz Deutschland stellt aber erhebliche Ansprüche an die Verbandskasse. Mögen die Mitglieder diese Verhältnisse gebührend berücksichtigen und darauf bedacht sein, der Organisation nicht ihre Kraft und Stärke zu rauben. Die künftige Zeit wird ja lehren, mit welchen Beiträgen die Organisation nach Erhebung der Extrasteuer auszukommen gedenkt.

Interessante Enthüllungen

über die engen Beziehungen der Regierung zu dem Verband der Industriellen, zum Zwecke der Niederknüttelung der Arbeiterbestrebungen, war die „Leipziger Volkszeitung“ in der Lage machen zu können.

Als im Juni 1899 der Gesekentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen — die so rühmlich betannte sogenannte Zuchtshausvorlage — dem Reichstag vorgelegt wurde, versprachen die Regierungsvertreter, daß dieses Gesetz Licht und Schatten auf beiden Seiten gleich verteilen sollte: die Unternehmer sollten demselben ebenso unterstellt sein, wie die Arbeiter. Die deutsche Volksvertretung aber traute diesem Frieden nicht und lehnte es ab, diesen Weg der Scharfnacherepolitik zu beschreiten.

Kurz vor Ablehnung dieses Gesekentwurfs durch den Reichstag wurde das Deutsche Reich mit einer Flut von Broschüren und Flugblättern überschwemmt, in denen das so mißsam zusammengetragene verlogene Zeug, das im Reichstag zur Begründung der Zuchtshausvorlage gehalten wurde, enthalten war; diese Schaudermärchen wurden von unseren Vertretern im Parlament schrecklich zerzaust und als bodenlose Lügen hingestellt.

Der „Vorwärts“ vermutete schon damals, daß hinter diesem Machwerk Männer von größerem Einfluß standen und daß das Geld zu dieser Verlesung des Reiches aus trüben Quellen geschöpft wurde.

Er schrieb damals:

„Konnte man annehmen, daß die Hersteller der Denkschrift in gutem Glauben gehandelt haben und nur aus Ungehörigkeit und kritischer Unfähigkeit all die wüsten Geschichten urteilslos zusammenstapelten, so handeln — nachdem die Haltlosigkeit des Materials nachgewiesen — die Verbreiter der „gelben Hefte“ wider besseres Wissen. Sie haben es nicht einmal für nötig gehalten, die größten Unwahrheiten herauszufreien.“

Von größtem Interesse aber ist, wer eigentlich diese demoralisierende Agitation treibt. Es müssen sehr erhebliche Geldmittel zur Verfügung stehen. Wer bringt sie auf? Der Welfensonds, die Quelle aller Korruption im Zeitalter Bismarcks, existirt doch angeblich nicht mehr. Die „private Wohltätigkeit“ ist für solche Zwecke nicht zu haben. Wer steckt also dahinter?

Wie richtig diese Vermutung war, ist jetzt erwiesen. Nunmehr ist das Dunkel gelichtet durch folgendes, von

der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichtes Rundschreiben des Verbandes der deutschen Industriellen:

„Zentralverband deutscher Industrieller.

Berlin, den 3. August 1898.

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mk. zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte. Ich habe diese Angelegenheit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Geh. Finanzrath Jende, unterbreitet, der es aus naheliegenden Gründen für zweckmäßig erachtet hat, dieses etwas eigentümliche Verlangen nicht zurückzuweisen. Herr Geheimrath Jende hat für die Firma Krupp 5000 Mk. zu dem erwähnten Zwecke zur Verfügung gestellt.

gez. H. A. Bueck.

Wohlgemerkt: Der Brief des Herrn Bueck ist vom 3. August 1898 datirt, ein Jahr später erschien die denkwürdige Buchhausvorlage unter genau demselben offiziellen Titel, den ihr Herr Bueck schon in seinem Schreiben gegeben hat, nämlich: „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.“

Erst wurde die Authentizität dieses Schriftstückes vielfach angezweifelt, nunmehr aber giebt die ministerielle Korrespondenz zu:

„Auf Anregung und durch Vermittelung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. v. Wöbcke, hat der Generalsekretär eine Summe von 12 000 Mk. zur Verfügung gestellt; diese ist zur Deckung der Druckkosten verwendet worden, die durch die Wiedergabe des oben bezeichneten amtlichen Materials entstanden sind.“

Daß die Männer der Regierung die Kommiss der Großkapitalisten sind, wurde von den Volksvertretern im Reichstag schon zu wiederholten Malen gesagt — natürlich unter scharfer und entrüsteter Zurückweisung von anderer Seite. Bisher glaubte man allerdings nur, die Herren der Regierung wären nur allzu leicht geneigt, den Wünschen der Kapitalisten zu entsprechen, daß diese aber in bewohnter Weise ihre Dienste den Industriellen anbieten, hätte wohl Niemand vermutet, wenn auch die vor einigen Jahren gesprochenen Worte des Staatsministers Wöbcke: „Wir arbeiten ja nur für Sie!“ erkennen ließen, daß man schon damals im Staatsministerium des Innern besondere Sympathien für die Wünsche der Unternehmer zu haben schien.

Die Regierung bettelnd an der Thür der Kapitalisten, um Arm in Arm mit dem wirtschaftlich Starken die Arbeiterbewegung — hier in diesem Falle vornehmlich die Gewerkschaftsbewegung — zu bekämpfen und zu unterdrücken — ein herrliches Kulturbild! Ist es da zu verwundern, wenn diese Herren sich als die eigentlichen Regierenden betrachten?

Dafür leben wir aber auch in einem Kultur- und Rechtsstaat! —

§ 153 der Gewerbeordnung.

Auf Grund dieses Paragraphen war von der Staatsanwaltschaft der Buchbinder Prauße angeklagt und fand am Sonnabend den 20. Oktober vor dem Berliner Schöffengericht in dieser Sache Termin statt. Der Anklage lag Folgendes zu Grunde: „Der Buchbinder Prauße, beschäftigt bei der Firma Frydichowicz, soll am Dienstag den 11. September, Morgens $\frac{7}{17}$ Uhr, anlässlich eines ausgebrochenen Streiks die Arbeiterin Witwe Schultze angeprochen und sie aufgefordert haben, dort nicht weiter zu arbeiten; wenn sie jedoch weiter arbeiten würde, sollte sie herausgeholt werden und ihre Prügel bekommen. Der Beschuldigte habe sich durch Flucht seiner Verhaftung entzogen. Im Besonderen stützt sich die Anklage darauf, daß der Beschuldigte bei Ausführung dieses Vorgehens einen grauen Anzug getragen habe. Als Zeugen waren erschienen: Witwe Schultze und der Bruder des Arbeitgebers, Frydichowicz, als Belastungszeugen; der Buchbinder Heschel und der Schenkwirth Weinach als Entlastungszeugen. Der Beschuldigte bestritt jede Schuld und führte aus, er müsse das Opfer einer Verwechslung geworden sein, auch habe er an dem betreffenden Morgen einen grauen Anzug, obwohl er im Besitz eines solchen sei, nicht getragen. Auf die Frage des Staatsanwalts, woher er so genau wisse, daß er an dem betreffenden Morgen den Anzug nicht getragen habe, erwidert der Angeklagte, daß es erst der zweite Morgen der Anspannung gewesen sei und er sich daher ganz genau dieses Morgens entsinne.“

Nachdem der Beschuldigte jede Schuld bestritt, kam man zur Vernehmung der Zeugen. Die erste Zeugin, Witwe Schultze, stellte, nachdem sie vereidigt, den Sachverhalt folgendermaßen dar: „Sie sei am Morgen des 11. September um $\frac{7}{17}$ Uhr von dem Beschuldigten angesprochen worden, und habe derselbe hierbei die Aeußerung gethan, auf die sich die Anklage stützt. Sie sagte ferner unter ihrem Eide aus, daß der Betreffende bei dieser Gelegenheit einen grauen Anzug angehabt habe. Sie habe, nachdem sie ihre Beschäftigung angefangen, dem Bruder des Firmeninhabers auf seine Anfrage, ob sie belästigt worden sei, den Hergang erzählt und ihm mitgeteilt, daß der Betreffende Prauße heiße. Das Weitere habe dann der Bruder des Firmeninhabers veranlaßt.“ Auf die Frage des von der Rechtschutzkommission gestellten Verteidigers Freudenthal, woher denn die Zeugin den Namen des Betreffenden wußte, da sie ihn doch nicht kannte, erwidert die Zeugin, daß sie gehört habe, wie der Angeklagte an diesem bewußten Morgen von einem anderen Manne mit diesem Namen angesprochen wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie in dem Beschuldigten den wiedererkenne, der sie angesprochen, erklärt sie, daß sie Prauße sofort bei der ersten Konfrontation auf dem Polizeipräsidium wiedererkannt habe, da er mit dem grauen Anzug, den er am Morgen des Vorfalles getragen habe, ebenfalls an dem Tage der ersten Gegenüberstellung bekleidet war.

Der zweite Zeuge, der Bruder des Arbeitgebers, bei welchem der angeklagte Kollege beschäftigt war, bekundete, nachdem er vereidigt, daß die Frau Schultze ihm mitgeteilt habe, daß sie angesprochen und dabei ihr die schon erwähnte Aeußerung zugerufen worden sei. Ferner habe sie gehört, daß derjenige, der diese Aeußerung gebraucht, von einem anderen Kollegen, der sich ebenfalls dort früh morgens aufgehalten habe, mit Prauße angesprochen worden sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er wisse, was der Beschuldigte am Morgen des Vorfalles für einen Anzug getragen habe, da er doch den Betreffenden ebenfalls um ca. $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ 8 Uhr gesehen habe, weiß der Zeuge mit Bestimmtheit nichts auszusagen; er glaubt, daß dieser nicht grau, aber auch nicht schwarz gewesen sei. Der Zeuge Buchbinder Heschel bekundete, daß er an diesem Morgen $\frac{1}{4}$ 8 Uhr sich in die Nähe der Arbeitsstelle begeben habe, er könne aber nicht mit Bestimmtheit sagen, wie der Angeklagte Prauße an diesem Morgen bekleidet war. Der Zeuge Schenkwirth Weinach bekundete nur, daß am Morgen des Vorfalles ca. 3 bis 4 Personen in seinem Lokal mit grauen Anzügen erschienen seien; was der betreffende Prauße für einen Anzug an diesem Tage anhatte, darüber könne er nichts auszusagen. Nachdem die Zeugenaussagen beendet, nimmt der Staatsanwalt das Wort und hält derselbe die Anklage in vollem Umfang aufrecht. Derselbe begründet dies ungefähr folgendermaßen: Er gebe zu, daß es nicht glücklich sei, zu beweisen, daß der Angeklagte an dem bewußten Morgen einen grauen Anzug getragen habe. Dieses sei jedoch auch nebensächlich; die Hauptsache sei, daß die Zeugin Schultze den Angeklagten bei der Konfrontation auf dem Polizeipräsidium sofort wiedererkannt habe und heute ebenfalls bei dieser Behauptung blieb; auch sei erwiesen, daß der Angeklagte sich mit seinem „Genossen“ um diese Zeit dort „herumgetrieben“ habe. (Ich hatte erwartet, daß vom Verteidiger gegen diese Aeußerung protestirt worden würde. Anm. d. Berichtstf.). Der Angeklagte habe versucht, die Zeugin durch Drohung zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen und habe somit gegen § 153 der Gewerbeordnung verstoßen; er beantrage deshalb eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Freudenthal führt hiergegen aus: Er erkenne an, daß der Entlastungsbeweis nicht gelungen sei, er bestreite jedoch, daß hier § 153 zur Anwendung kommen könne, da der Angeklagte nicht gesagt habe, wer diese Drohung ausführen solle; der Betreffende habe nicht das Bewußtsein gehabt, diese That auszuführen, und sei auch gar nicht in der Lage dazu. Man habe es hier mit einer Aeußerung zu thun, welche man in Arbeiterkreisen gar nicht so schlimm auffasse. Im Uebrigen halte er das beantragte Strafmaß für viel zu hoch. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte noch etwas einzuwenden habe, erklärte er, daß er um mildernde Umstände bitte.

Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück, und verkündete nach kurzer Zeit das Urtheil, welches lautete, daß der Angeklagte, Buchbinder Prauße, sich einer Drohung schuldig gemacht habe, um eine andere Person zur Niederlegung der Arbeit, zwecks Vereinbarung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu bewegen. Er habe hiermit gegen § 153 der Gewerbeordnung ver-

stoßen, und werde dafür zu einer Woche Gefängnis verurtheilt; außerdem werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt.

NB. Auf den Wunsch des Verurtheilten hat die Rechtschutzkommission unterlassen, gegen dieses Urtheil Berufung einzulegen. A. Scholz.

Der neue Tarif.

I.

Nach langwierigen, für die Beteiligten aufreibenden Beratungen ist nun auch der Akkordtarif fertig gestellt. Bei 35 Seiten Querfolioformat enthält derselbe über tausend Positionen mit etlichen tausend Preissätzen, zwei Seiten „Allgemeine Bestimmungen“ und Titelblatt. Der den alten Tarif gefasste hat, wird daher über das Aussehen des neuen gewissermaßen erstaunt sein, hat doch derselbe eine gründliche Umarbeitung insofern erfahren, als nun nicht mehr mit 6, sondern 24 Formaten gerechnet wird; dies klingt zwar eigentümlich, hat jedoch genau betrachtet seine Berechtigung, da es für beide Theile, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gleich unvorteilhaft war, wenn man bedenkt, daß beispielsweise ein Presser für „100 Seiten Leinwand, volle Platte“ Golddruck, Format 13 × 20 Zentimeter 1,15 Mk., ein anderer für dieselbe Arbeit, jedoch Format 13 $\frac{1}{2}$ × 20 Zentimeter 1,60 Mk. erhielt. Um hierin einen gerechten Ausgleich zu schaffen, entschloß man sich, die bereits beim Deckenmachen seit Jahren zur Zufriedenheit der Deckenmacher eingeführte 24 formatige Scala für alle Arbeiten in Verwendung zu bringen. Mit 9 × 13 Zentimeter = 117 Quadratcentimeter Inhalt bei Dttav beginnend, wurde lesteres in sechs, Großformat in fünf, Duart in drei, Folio in fünf und Großfolio in fünf Formate getheilt und die Preise für jede Arbeit und für jedes Format einzeln festgesetzt. Deckelgröße zählt nach wie vor bei allen Arbeiten als Format. Nicht proportionelle Formate, die einestheils in der Höhe etwas über die Maximalgrenze des jeweiligen Formats hinausgehen, aber schmäler sind oder umgekehrt, werden nach Quadratinhalt berechnet.

Allgemeine Erhöhungen der alten Preise waren nicht gefordert und so sollten hauptsächlich die Mängel des alten Tarifs beseitigt, notwendige Neupositionen geschaffen, aber auch anerkannt zu niedrig gesetzte Preise erhöht werden. Das dies nicht alles nach Jedermanns Wunsch ausgefallen sein wird, liegt auf der Hand, sind doch die Verhältnisseverhältnisse, die technischen Einrichtungen, die Arbeitsvertheilung u. s. w. nicht bloß in den in Betracht kommenden Städten sehr verschiedene, sondern auch in Leipzig, als der Geburtsstätte des Tarifs, sind diese Faktoren so grundverschiedene, daß ein Theil unserer Kollegen und Kolleginnen die festgesetzten Preise theilweise als noch zu niedrig betrachten wird. Es ist jedoch für jeden vernünftig Urtheilenden wohl klar, daß nach den schlechten Einrichtungen irgend eines Geschäfts ein „Minimaltarif“, der nicht bloß für Leipzig u. s. w., sondern für ganz Deutschland Giltigkeit erlangen soll, nicht geschaffen werden konnte; solche lokale Angelegenheiten konnten nicht maßgebend sein.

Das Studium, vielmehr noch die praktischen Erfahrungen des am 1. November d. J. in Kraft tretenden Tarifs werden zeigen, inwiefern derselbe besser oder schlechter als der alte ist; so gut es in einem Artikel geht, sollen diese Zeilen den Kollegen und Kolleginnen zeigen, welche Verbesserungen geschaffen resp. inwiefern es möglich war, den Wünschen der Kollegenschaft Rechnung zu tragen. Das nicht alles Das, was auf einzelne Orte oder Geschäfte zugeschnitten war, in einen „Allgemeinen Tarif“ Aufnahme finden konnte, ist einleuchtend und bereits erwähnt, und da der Tarif ein „Minimaltarif“ ist, ist es selbstverständlich, daß die jeweiligen örtlichen Verhältnisse eventuell einen entsprechenden Prozentsatzschlag erheischen.

Die Festsetzung der Preise bei den einzelnen Formaten geschah so, daß bei Arbeiten, die nach dem alten Tarif, wie beispielsweise beim Falzen für 1000 Bogen 3 Bruch, Dttav und Großformat mit 55 bis 60 Pf. festgesetzt waren, größtentheils jedoch nur 55 Pf. bezahlt wurden, jetzt für die ersten Formate 55, für Format 6 und 7 jedoch 58, Format 8, 9 und 10 60 und Format 11 62 Pf. angelegt wurde, und so ist die Erhöhung der Preise beim „Falzen“ durchgehends. Neu hinzu kam „für starkes Papier 2 und 3 Bruch bei allen Formaten 5 Pf. mehr“, „für besonders zu behandelnde Papiere ist ein Ertragszuschlag zu zahlen.“ Ganzlich neue Positionen sind beim Falzen: „Falzen mit der Maschine“, Zeitschriften falzen und was hierzu gehört, wie Kreuzbänder umlegen, Adressen kleben, Mar-

tiren u. s. w., dann Kovertiten, Schreibhefte heften und etikettieren und Perforieren.

„Bogen aufstumpfen“ hat eine allgemeine Verbesserung erfahren.

„Bogen ausschneiden“ wurden im Wortlaut der Gehilfenvorlage, die Preise teilweise nach dieser, teilweise die alten Sätze festgesetzt.

Bei „Karton ausstreifen oder ausschneiden und Bogen zumachen“ sind die Preise so gesetzt, daß der Durchschnitt das beträgt, was die Gehilfenvorlage enthält.

Bei „Bilder schneiden“ wurde die Position „1000 Bilder einzeln mit der Hand schneiden“ gegen den alten Tarif erhöht, die Gehilfenforderung jedoch nicht erreicht, im Uebrigen wurden die Preise für die größeren Formate zum Theil etwas erhöht, zum Theil die alten beibehalten und notwendige Neupositionen eingefügt.

„Karton aufnadeln und schneiden“ wurde die Gehilfenvorlage angenommen.

Bei „Bilder nach vorgedruckter Anlage aufziehen“, gilt nicht mehr Bild-, sondern Kartongröße. Die Preise sind im Durchschnitt die alten.

Bei „Papierfalte schneiden“ bei den letzten vier Formaten (Großfolio) nach der Gehilfenvorlage erhöht, im Uebrigen sind die geforderten alten Sätze geblieben.

Internationales.

Schon einige Male waren wir in der Lage, von Sympathieundgebungen und Zusicherungen finanzieller Unterstützung ausländischer Organisationen und Kollegen während unserer Lohnbewegung zu berichten. Wie eine uns zugekommene Korrespondenz eines unserer deutschen Kollegen mit einem italienischen beweist, haben sich die Kollegen in Italien ganz besonders für die Vorgänge, die in unserem Gewerbe in letzter Zeit in Deutschland sich abspielten, interessiert, und den Stand und bisherigen Verlauf unserer Bewegung verfolgt. Nicht uninteressant ist für uns noch, daß die italienischen Kollegen ebenfalls einen Tarif einzuführen gedenken. —

Das erste Schreiben lautet:

„Mailand, 13. September 1900.

Lieber Genosse!

Ich empfang Deine Postkarte vom 9. d. M., in der Du mir mittheilst, daß der Kampf für den Tarif in Leipzig, Berlin und Stuttgart ausgebrochen ist. Sofort ließ ich eingekauftes Rundschreiben drucken und verbreitete dasselbe an alle Sektionen Italiens und an alle unsere Genossen, damit die Solidarität der Genossen Italiens in jeder Beziehung sich bekunden konnte. Wir sind dabei, Geld zu sammeln, um Euch zu unterstützen; zwar wird unsere Hilfe unbedeutend sein, sie wird aber unsere aufrichtige Solidarität mit den deutschen Genossen zum Ausdruck bringen.

Ich sende jetzt 500 Lire, welche in der Versammlung vom Sonnabend den 22. August gesammelt wurden. Mit Einstimmigkeit und unter lebhaftem Beifall wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß Euch der Sieg bald werde.

Wir sind auch dabei, unseren Tarif zu besprechen, welchen wir im Dezember einzuführen versuchen werden und hoffen, daß der Sieg uns hold sein wird, da wir in unseren Ansprüchen bescheiden sind.

Nehmet also unsere Gabe an, als Alles was wir und unsere Genossenschaft für Euch thun können, und bald werde ich noch mehr Geld schicken, welches in den verschiedenen Arbeitszweigen und Vereinigungen gesammelt wird. Gebet mir bald einen Bericht, was Ihr macht und ob der Kampf täglich erbitterter wird, oder ob der Sieg nahe ist. Ich hoffe bald ein Schreiben zu erhalten und nehmet brüderliche und aufrichtige Grüße im Namen der Mailänder Buchbinder mit dem Wunsche zu segnen.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Kollege

Magliani.

In dem beiliegenden Rundschreiben heißt es unter Anderem: „Keiner also von den italienischen Buchbindern soll nach Deutschland reisen, und diese Empfehlung richten wir an alle Sektionskomitees des Bundes, an alle Sekretariate und an alle Genossen Italiens. Die Solidarität in Wort und That ist gut und ermutigt die kämpfenden Genossen. Wir wissen aber, wie hart der Kampf ist, von elenden Arbeitern gegen reiche Kapitalisten geführt. Wir appellieren daher an Euer Gewissen, damit Ihr gebet, so viel Eure Finanzen Euch erlauben. Wohlan Genossen! laßt uns alle unsere Opfer der Solidarität bringen und wünschend, daß der Sieg unseren deutschen Arbeitern bald beschert

sein mag, grüßen wir Sie mit dem Rufe: Die internationale Solidarität der Arbeiter lebe hoch!

Für das Komitee der Propaganda.“

Ueber eine Sobann stattgefundene Versammlung der italienischen Kollegen wird berichtet:

Eine Versammlung von Buchbindern, Buchhändlern u. A. von ca. 300 Personen besuchte, unter dem Vorsitz des Arbeiters Magliani, besprach gestern Abend in dem Sekretariat den Vorschlag betreffs des Arbeitstarifs. Mehrere Paragraphen wurden nach einigen Veränderungen angenommen und die weitere Besprechung auf Montag Abend verschoben. Es wurde gleichzeitig beschlossen, die streikenden Buchbinder Deutschlands durch Geldbeiträge zu unterstützen, und mit Einstimmigkeit und lebhaftem Beifall erklärte sich die Versammlung mit den deutschen Buchbindern solidarisch; es wurde der Beschluß gefaßt, 500 Lire zu senden, welche einstuweilen aus der gemeinschaftlichen Kasse entnommen wurden, aber dann von allen Mitgliedern durch Extrabeiträge von 5 Cent. pro Woche wieder ersetzt werden sollen.

Die zu demselben Zwecke veranstaltete Kollekte in den Arbeitszweigen und den verschiedenen Genossenschaften ergab schon 150 Lire.

Auch die belgischen Kollegen haben uns neben der Geldsendung eine Sympathieundgebung geschickt, desgleichen die Londoner und Prager.

In Prag traten die Buchbinder bei der Firma Pfeiffer in eine Bewegung. Als Forderungen werden gestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 1/2, Erhöhung der Löhne zc. Es sind in genannter Fabrik 70 Arbeiter beschäftigt. Am 20. Oktober hat eine Versammlung stattgefunden, über deren Verlauf wir aber bisher noch keine Nachricht haben. Selbstverständlich ist der Zuzug unserer deutschen Kollegen nach Prag einstweilen fernzuhalten.

Die Enquete über die Verhältnisse in den Parteigeschäften.

Referat des Kollegen Grimm-Hamburg.

Bekanntlich hat der Berliner Verbandstag beschlossen, eine Enquete zu veranstalten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den in sozialdemokratischen Parteigeschäften eingerichteten Buchbindereien und die Vergebung von Arbeiten von Seiten der Letzteren und in Besonderen von Seiten der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands, sowie sämtlicher Arbeiterkrankenkassen und Arbeitervereinigungen. — Diese Frage wurde schon anlässlich des im Mai 1897 in Altona stattgefundenen Gantages des dritten Gaubezirks eingehend behandelt und eine diesbezügliche Resolution angenommen, welche den Zentralvorstand beauftragte, zur Abstellung von Mängeln und anderen Unregelmäßigkeiten diesbezügliche Zirkulare an die betreffenden Geschäfte geben zu lassen. Diefem Ansuchen wurde von Seiten des Zentralvorstandes nicht stattgegeben, jedenfalls aus Gründen der Pietät oder anderer vermeintlicher Schwierigkeiten. Doch unterdessen mehren sich ähnliche Anklagen resp. Beschwerden aus den verschiedensten Theilen Deutschlands, vornehmlich aus den kleineren Druckorten in den Provinzen. Letzteres führte schließlich dazu, daß die Zahlstelle Nürnberg einen diesbezüglichen Antrag auf dem Berliner Verbandstag einbrachte und derselbe nach einer eingehenden Diskussion angenommen wurde. Die in Folge dieses Beschlusses eingeleitete Enquete in den Parteigeschäften hat bereits schon im Juli stattgefunden, ist aber heute noch nicht der Öffentlichkeit übergeben worden. Jedenfalls müssen doch wesentliche Bedenken vorliegen, dieselbe zu veröffentlichen. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so hätte man immer dieselbe wenigstens den Bevollmächtigten in irgend einer Form unterbreiten können. Im Interesse der guten Sache wäre das dienlicher und förderlicher für die organisierte Arbeiterschaft, als daß man darüber schweigt. Die unverkündete Veröffentlichung wäre schon deshalb erwünscht, weil aus dieser Enquete zu ersehen sein würde, daß sich die leitenden Personen und Behörden von Arbeiterorganisationen der Vergebung ihrer Buchdruck- und Buchbinderarbeiten nur in den seltensten Fällen darum kümmern, ob die betreffenden Werkstellen, welche sie mit Aufträgen überhäufen, den von den Berufsorganisationen gestellten Lohn- und Arbeitsansprüchen genügen oder ob dieselben, wie viele Beispiele erweisen haben, sogar strotzige Gegner der Bestrebungen der Arbeiterorganisationen sind und mit Vorliebe unorganisiertes Personal beschäftigen und letzterem zumulden, unter den tarifmäßigen Lohn- resp. Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Hier ist ein Gegensatz konstruirt, der der Aufklärung unter den deutschen

Arbeiterorganisationen bedarf, weil bei der Vergebung von Arbeiten allem Anschein nach unabsichtlich entgegen unserer Partei- und Geschäftsprinzipien, eine Oberflächlichkeit Platz gegriffen hat, die unverzeihlich ist. Wir pläbieren auf unseren Arbeiterkongressen und Gewerkschaftsversammlungen für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne, um unsere soziale Lebenslage zu verbessern, während andererseits dieselben Genossen, wenn sie sich als Vergeber von Organisationsarbeiten für Buchdruckereien und Buchbindereien gerieren, diese Arbeiten so billig wie möglich gemacht haben wollen, also indirekt Lohnbrücker treiben. Unbewußt, welchen großen taktischen Fehler sie begehen, lassen sie sich lediglich aus Fügigkeit dazu bestimmen, ihre Arbeiten dort drucken oder binden zu lassen, wo dieselben am billigsten hergestellt werden. Wir könnten eine große Anzahl von Fällen besonderer Art und auch verschiedener Organisationen anführen, welche diese Tendenz irthümlich befolgen, also dem Gewerkschaftsprinzip direkt ins Gesicht schlagen. Letzteres verleitet unsere Parteigeschäfte wiederum hierzu, ihre Arbeiten an solche Buchbinder zu vergeben, welche das billigste Angebot machen, so daß also auch von dieser Seite gesündigt wird; andererseits aber auch manchmal nur deshalb, um die höchstmöglichen Ueberschüsse zu erzielen. Das Prinzip und die Tendenz der Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft wird aber durch dieses Verhalten nicht gefördert, sondern bedeutend geschädigt. Einerseits von Seiten der Organisationen aus purer Oberflächlichkeit zu Gunsten ihrer Kassen, und andererseits von Seiten der Arbeiterunternehmungen lediglich die günstigsten finanziellen Jahresbilanzen zu ermöglichen. — Das darf doch aber nicht das Ideal der organisierten Arbeiterschaft sein! — Unsere Partei- resp. Arbeiterunternehmungen sollen doch unseren idealistischen Zielen entsprechend Musterbetriebe ersten Ranges sein, sie sollen den kapitalistischen Betrieben in ihren Einrichtungen, in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zum Vorbild dienen! Wenn die organisierten Arbeiter in ihren eigenen Betrieben für die achtstündige Arbeitszeit und entsprechend höhere Löhne eintreten, so ist es auch erklärlich, daß dann von Seiten der Arbeiterorganisationen bei Vergebung von Arbeiten dementsprechend etwas höhere Preise bezahlt werden müssen, andernfalls würde ja die ganze Tendenz unserer Arbeiterbewegung eine Phrasen sein. Demgemäß müssen wir also in allen Arbeiterorganisationen darnach streben, daß bei Vergebung unserer eigenen Arbeiten unregelmäßig kapitalistische Privatbetriebe mit unorganisiertem Personal nicht bedacht werden dürfen und letzteres gilt auch selbstverständlich bei Vergebung von Arbeiten von Seiten der Arbeiterunternehmungen selbst. Andererseits sollte das Bestreben aller Arbeitervereinigungen dahin gehen, daß überall da, wo Parteigeschäfte bestehen, ihre Arbeiten in letzteren fertigstellen lassen und wo solche nicht bestehen, sollten etwaige Geschäftsaufträge nur an solche Firmen gegeben werden, welche den Forderungen der Arbeiter entsprechen und analog den Arbeiterunternehmungen angepaßt, die günstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben eingeführt haben und gleichzeitig Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern sind. Das muß das Bestreben aller Arbeiterorganisationen sein, daß deren Geschäftsaufträge nur in Parteigeschäften oder daß sie andernfalls bei Genossen arbeiten lassen, welche vermöge ihrer Thätigkeit in ihren Organisationen einen Anspruch auf Unterstützung ihrer Geschäftsunternehmen erheben können. Sache aller Gewerkschaftskartelle müßte es sein, dieser sehr tief einschneidenden Frage etwas mehr wie bisher ihre Aufmerksamkeit zu schenken und in die Vergebung sämtlicher Arbeiten von Seiten der Arbeiter- resp. Gewerkschaftsorganisationen etwas mehr System hineinzubringen. Wir Deutsche besitzen ja bekanntlich nach dieser Seite hin ein anerkanntes Organisations-talent, jedoch in manchen Dingen sind wir anderen Nationen gegenüber die reinen Stümper. — In Frankreich z. B. dürfen die Arbeiten von Seiten der einzelnen Genossen sowohl, als auch von sämtlichen Körperschaften bis in die kleinste Gemeinde hinein nur nach Maßgabe eines einheitlich geregelten Systems, auf rein demokratischer und kommunaler Grundlage beruhenden Basis, durch die Syndikate der Arbeiterorganisationen vergeben werden. Ja selbst die französischen Kommunen haben sich an die so geregelte Vertheilung von Arbeiten so vertraut gemacht, daß dieses System zur Zufriedenheit selbst der Kleinvergeber treibenden Genossen ausgezeichnet funktioniert. Gerade darin liegt unsere Stärke, daß wir den Sozialismus überall, wo es angänglich ist, schon unter den gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsverhältnissen in seiner Ueberlegenheit zur praktischen Veranschaulichung bringen und demgemäß sollten unsere

eigenen selbst geschaffenen Unternehmungen immer besser und vollkommener ausgestaltet werden, hierzu können nur sämtliche Parteiz- und Gewerkschaftsmitgliedern beitragen, wenn sie in diesem Sinne einmütlich zusammenwirken.

Schlesische Zustände.

Aus Breslau.

In einer hier selbst stattgefundenen Versammlung der Gesellen der Buchbinderzunft wurden einmal wieder die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen unsere Kollegen hier am Orte beschäftigt werden, ans Tageslicht gezogen.

Was darin geleistet wird von den Herren Innungsmeistern, spottet überhaupt jeder Beschreibung. So sollen bei Herrn Julius Händel und bei Herrn Fiebig Löhne von 6 Mk. pro Woche ohne Kost und Logis schon gezahlt worden sein. Löhne wie 9, 10, 12 Mk. zu zahlen, sind bei einem Theil der Breslauer Zopfmeister an der Tagesordnung, und dann benehmen sich einige der Herren bei der Lohnzahlung noch, als wenn sie den Kollegen etwas schenken. Genau wie mit den Löhnen, ist es mit der Arbeitszeit. Bei den Herren Gebauer & Sohn, Weidenstraße, Händel, Heilige Geiststraße, und Schwärz, Albrechtstraße, besteht noch eine Arbeitszeit von wöchentlich 72 Stunden, und bei Drabinski, Ritterplatz, eine solche von 70 Stunden; im Allgemeinen ist es bei den Innungsmitgliedern üblich, 66 Stunden arbeiten zu lassen. Aber auch die Behandlung läßt bei vielen der Herren zu wünschen übrig. Ausdrücke wie Kindvieh, Kameel, Schafstopp sollen häufig in Sprachgebrauch vorkommen.

Kollege Facke, welcher als Gast in der Versammlung anwesend war, erbitet sich das Wort. Er läßt in seinen Ausführungen die von den Kollegen angeführten Mißstände noch einmal Revue passieren und stellt diese den neuesten Errungenschaften unserer Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart gegenüber. Redner meint: die Löhne einer eingetübten Arbeiterin in Berlin sind höher als die Löhne einer großen Zahl hiesiger Kollegen; denn jene erhalten als Minimallohn pro Stunde 17 Pf., während bei Kollegen, welche hier bei einer 72 stündigen Arbeitszeit 11 Mark bekommen, der Stundenlohn noch nicht 16 Pf. beträgt. Am Schlusse seiner Ausführungen fordert Redner die Anwesenden auf, mit dem alten Schlenbrian zu brechen und sich dem Deutschen Buchbinderverband anzuschließen, damit wir auch in Breslau einmal daran denken können, mit Forderungen an unsere Unternehmer heranzutreten. Folgende von Kollege Ade gestellte Resolution wird einstimmig angenommen: „Die Anwesenden verpflichten sich, für Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, sowie sich der Organisation anzuschließen.“

Nachdem noch einige unwesentliche Punkte Erlebzigung gefunden hatten, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband geschlossen.

Die Breslauer Kollegen werden sich zu gelegener Zeit, vermöge der Organisation, bei den Herren Innungsmeistern einmal in ihnen vielleicht unliebsamer Weise anmelden, denn Breslau steht mit diesen Arbeitsverhältnissen — namentlich unter den Großstädten — einzig da in unserem Gewerbe.

Berichte über Lohnbewegungen.

Zug fernhalten! Nach Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Bremen, Lübeck und Posen.

Nach Nürnberg ist der Zug von Vortrefflichen fernzuhalten, da bei der Firma Zentner & Kissinger ein Streik ausgebrochen ist.

Berlin. Ueber nachfolgende Werkstätten ist die Sperre verhängt:

Weichert, Neue Königstr. 9,
Maß, Scharrnstr. 12,
Lochbaum, Sebastianstr. 14,
Lochbaum, Ritterstr. 26,
Warschall, Neue Friedrichstr. 37,
Sala, Luruspapierfabrik, Schützenstr. 59,
Fasbender, Michaelstr. 17.

Pforzheim. Ueber sämtliche Buchbindereien und Kartonagenfabriken ist die Sperre verhängt.

In Frankfurt a. M. ist es zu einer Arbeitsniederlegung gekommen. Die meisten Firmen haben bereits bewilligt. Es arbeiten zu den neuen Bedingungen bereits 110 Kollegen in 23 Geschäften; 20 Kollegen befinden sich im Ausstand.

Leipzig. In der am 23. Oktober im Albertgarten stattgefundenen Versammlung wurde endgiltig über den Tarif Beschluß gefaßt.

Prüfung referirt über die Verhandlungen mit den Prinzipalen. Die schwerste Zeit sei für die Buchbinder vorüber. Fortgesetzt sei die Kommission bestrebt gewesen, die begangenen Fehler wieder gut zu machen, und so habe man denn erreicht, daß heute der Schlüsselstein zur Bewegung gelegt werden könnte. Er geht zunächst auf einige Tarifverhandlungen ein, die in der letzten Versammlung unerwähnt geblieben sind. Die Proschirer seien bisher mit die schlechtestbezahlten Arbeiter gewesen; darum mußte die geforderte Zulage etwas höher sein, als bei anderen Branchen. Obwohl die Verhandlungen nicht leicht waren, so sei es doch möglich gewesen, für einzelne Positionen 10 Prozent, theilweise auch 15 bis 20 Prozent Zuschlag zu erringen. Das treffe zunächst für Matriformate zu, dagegen sei bei Quarzformaten die Meinung insofern auseinander gegangen, als die Gesellen vier Blatt als einen Bogen, die Prinzipale acht Blatt als einen Bogen bezeichneten. Trotzdem sind aber auch hier die alten Preise hochgehalten worden. Bei Folioformaten betrage der Zuschlag 13 Prozent, bei Großfolio sogar 16 1/4 Prozent. Man könne also mit der Aufbesserung zufrieden sein. Nachdem sich auch die noch vorhandenen strittigen Punkte bei den Vorrichtern zur Zufriedenheit geregelt haben, ist der Tarif nunmehr fertiggestellt. Er wird am 1. November zur Einführung gelangen. Ein früherer Termin konnte nicht festgesetzt werden, weil die Druckerarbeiten erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Dann müsse man aber auch den Unternehmern, die nicht Mitglieder des Unternehmerverbandes sind, eine gewisse Frist zur Einsichtnahme in den Tarif gestatten. Auf die Hauptverhandlungen eingehend, bemerkt der Redner, die Prinzipale haben sich dahin ausgesprochen, daß auf Grund der in der letzten Versammlung angenommenen Resolution, wonach Ueberstunden verweigert werden sollen, der Krieg aufs Neue entbrennen werde; aber die Arbeitgeber würden dem Kampfe nicht ausweichen. Betreffs der Arbeitszeit sei man den Gesellen mit einer halben Stunde Verfürgung entgegengegangen, eine weitere Verfürgung sei aber unmöglich. Die Festlegung der Mädchenarbeit, die von den Gesellen als die Hauptsache betrachtet worden sei, wurde von den Prinzipalen als eine Vertheuerung der Vorarbeiten bezeichnet, die würde sie im Sinne der Gesellen durchgeführt, geeignet sei, die Arbeiten aus Leipzig in die Provinz zu verdrängen, wo sie bedeutend billiger ausgeführt würden. Nicht die Arbeiterinnen und die Hilfsarbeiter, sondern die ausgezeichnete Gehilfenschaft habe den Beruf gehoben. Letztere Schmeichelei sei von den Gesellen nicht berücksichtigt worden; man habe vielmehr auf dem bisherigen Standpunkt beharrt und da zunächst eine Einigung nicht möglich war, so wurde nach vorangegangener Sonderberatung der Vorschlag gemacht, sämtliche aufgestellte Positionen, die als Mädchenarbeit verrichtet werden können, aus der Tarifvorlage zu streichen, bezügl. auch den Punkt fallen zu lassen, wonach Gehilfenarbeit bei 25 bis 30 Prozent Abzug von Mädchen hergestellt werden könne. Die Prinzipale gingen hierauf ein. Zu diesem Vorschlag kam man unter Anderem auch aus dem Grunde, weil man es für notwendig hält, die Mädchen in den nächsten drei Jahren zunächst genügend aufzuklären. Wenn es sich auch in Leipzig nicht durchführen lasse, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu verlangen, so müßten doch die Frauen und Mädchen dahin gebracht werden, einen entsprechenden Preis zu verlangen. Der Minimaltarif ist jetzt von den Prinzipalen als solcher anerkannt worden. Bei dem Punkte, wonach alle Akkordarbeiten von nach Tariflöhnen entlohnten Personen ausgeführt werden sollen, wünschten die Gesellen auch eine entsprechende Bestimmung über die Hilfsarbeiter einzufügen. Ihnen wurde erwidert, daß schon Eingang der allgemeinen Bestimmungen ein diesbezüglicher Passus vorhanden sei. Im Uebrigen habe man doch nicht so viel trübe Erfahrungen mit Hilfsarbeitern gemacht und die Prinzipale seien auch stets bestrebt, die Hilfsarbeiter vom Beruf fernzuhalten. Arbeiten, die im Tarif nicht vorgesehen sind oder auf andere Weise, als vorgesehen, ausgeführt werden, werden nach Vereinbarung bezahlt. Die Gehilfenkommission hat sich hiermit einverstanden erklärt, nachdem besonders Kommissionsrath Fritzsche verschiedene Beispiele angeführt hatte. Die Nichtigkeit dieser Beispiele konnte nicht erst nachgeprüft werden. Bei Akkordarbeiten, die ausnahmsweise auch im Lohn gemacht werden, erhalten die betreffenden Arbeiter den um 10 Prozent reduzierten durchschnittlichen Akkordlohn als Stundenlohn angerechnet. Bei Akkordarbeiten ist das ständige Zu-

sammenarbeiten von Gesellen und Lehrlingen in Zukunft unzulässig. Es sei zwar nicht zu leugnen, daß sich einige Gesellen über diese Abmachung empört haben, aber oft genug haben die Lehrlinge für die Gesellen das Geld verdient; die Lohnsätze würden dadurch herabgedrückt und auf diese Weise konnten die Prinzipale auch Lohnlisten veröffentlichen, wo die angeführten Sätze von den Gesellen allein gar nicht verdient worden waren. An Schnellpressen müssen mindestens zur Hälfte gelernte Presser beschäftigt werden, die andere Hälfte kann aus Mädchen bestehen. Die Lehrlingskategorie ist wie folgt festgesetzt: auf 3 Gehilfen kommen 2 Lehrlinge, auf 6 Gehilfen 3 Lehrlinge, auf 10 Gehilfen 4 Lehrlinge, auf 15 Gehilfen 5 Lehrlinge, auf je weitere 5 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Hiermit sei der Anfang gemacht, der Lehrlingszücherei einmal Einhalt zu gebieten. Habe doch eine diesbezügliche Statistik ganz unglaubliche Zuständeargelegt; in einem Geschäft sei sogar ein Lehrling mehr vorhanden gewesen als Gesellen. Die Entschädigung der Hausen für Ueberstundenarbeit wollen die Prinzipale auf ihre Kosten nur den Stundearbeitern gewähren. Da die Prinzipale von diesem Standpunkt nicht abzubringen waren, so stellten die Gesellen die Gegenforderung, die alte Arbeitszeit für Sonnabends wieder einzuführen. Dieser Punkt wurde in einer Prinzipalversammlung behandelt und das Resultat fiel insofern günstig für die Gesellen aus, als die 53 1/2 stündige Arbeitszeit zugestanden wurde. Die Arbeitszeit ist demnach Sonnabends Mittags von 2 Uhr bis 1/2 6 Uhr unter Wegfall der Vesperpause festgesetzt. In dieser einseitigen Regelung sei auf jeden Fall ein Fortschritt zu erblicken, da bisher nur wenige Geschäfte 53 Stunden gearbeitet haben. Ausgeschlossen von dieser 53 1/2 stündigen Arbeitszeit seien aber noch solche Geschäfte, wo die Buchbinderei als Nebenbetrieb besteht. Vielleicht könnte bei der nächsten Tarifberatung der Buchdrucker diese Frage mit geregelt werden. Die Buchdrucker stehen zwar auf dem Standpunkt, diesmal von einer Verfürgung der Arbeitszeit abzusehen, aber hier komme doch weniger eine Verfürgung als vielmehr eine Regelung der Arbeitszeit in Frage. Die Rundmacher hatten von sämtlichen Branchen die höchsten Forderungen gestellt; aber hier ist eher eine Verschlechterung eingetreten. Die Schuld hieran tragen die betreffenden Arbeiter selbst, indem sie ihre Forderungen nicht so vertreten haben, wie es nötig war. Im Allgemeinen könne man mit dem Verlauf der Verhandlungen zufrieden sein. Wenn auch dieser oder jener sich enttäuscht fühlt, so sei doch ein procentualer Ausgleich geschaffen worden, und bei einer späteren Tarifberatung werde die Arbeit nicht wieder so groß und so schwierig sein wie diesmal. Es sei nun noch notwendig, daß jeder Arbeiter, hauptsächlich aber die Arbeiterinnen, sich einen Tarif zulegen, um allen Lohnföhrungen sofort entgegenzutreten zu können.

Bezüglich der Kündigung des Tarifs sei beschloffen worden:

„Anderungsanträge sind mindestens drei Monate vor Ablauf dieses Tarifs einzubringen, andernfalls derselbe auf ein weiteres Jahr Gültigkeit hat.“

Wochelz bestätigt einzelne Ausführungen und erwähnt unter Anderem, daß bei Kost, Senf & Komp. der Wochenlohn eines Gehilfen, durch die Ausbeutung des Lehrlings, auf 60 Mk. gestiegen sei.

Schaible stellt fest, daß die 53 1/4 stündige Arbeitszeit auch in solchen Buchdruckereien eingeführt werden müsse, deren Inhaber Mitglied des Verbandes der Buchbindereibesther ist. Die Dividierung bei den Stundearbeitern habe künftig mit 53 1/4 zu geschehen; eine Differenz bei den Deckenmachern habe sich ebenfalls geregelt. Die erwähnte Arbeit in der Buchbinderei von Fritzsche sei nach seiner Meinung solche Arbeit, die tarifmäßig entlohnt werden muß. Die betreffenden Arbeiter haben hier den Tarif durchbrochen; in einem anderen Geschäft sei so etwas ausgeschlossen. Wenn die Prinzipale das Wort „geseliche“ in den Bestimmungen gestrichen haben, so kann es eigentlich den Gesellen gleich sein, mit welchen Mitteln die Prinzipale den Tarif durchzuführen gedenken. Er habe persönlich den Prinzipalen die Anregung gegeben, beim Ministerium vorstellig zu werden, damit nur solche Geschäfte staatliche Arbeit erhalten, wo der Tarif eingeführt ist. Es sei jetzt auch notwendig, vierteljährlich eine Kontrolle der Lohnbücher vorzunehmen, sowie überhaupt eine scharfe Kontrolle über die Einhaltung des Tarifs einzuführen.

Folgende Resolution ist eingegangen:

„Die heute den 23. Oktober im Albertgarten tagende öffentliche Buchbinderversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und erklärt weiter, den Tarif mit Vorwort anzuerkennen und für dessen Aufrecht-

erhaltung und Durchführung in den festgelegten drei Jahren stets eintreten zu wollen. Die Versammlung verspricht ferner, innerhalb dieser drei Jahre alle Mängel des Tarifs der jeweiligen Gehilfenarbeitskommission zu melden, damit bei einer eventuellen späteren Revision genügend Material vorhanden ist.

Mit dieser Annahme hofft jedoch auch die Versammlung, daß die in den letzten Wochen eingerissenen Schikanierungen seitens einiger Prinzipale und dessen Werkführer nunmehr wegfallen, damit der Friede endgültig festbleibt.

Ferner ist folgender Antrag eingegangen: „Die heutige Versammlung spricht der Tarifkommission für ihre Tätigkeit ihre Anerkennung und Dank aus.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nagel bezweifelt, daß die erwähnte Arbeit der Firma Frißsche nach dem Tarif zu entschädigen ist. Immerhin sei es bedauerlich, daß die betreffenden Arbeiter hinter dem Rücken ihrer Kollegen Sonderabmachungen getroffen haben.

Weimann ist anderer Ansicht in Bezug auf die Bezahlung dieser Arbeit. Das Recht, das der eine Prinzipal für sich in Anspruch nimmt, wird man dann auch den anderen Prinzipalen einräumen müssen, und so kommt es dahin, daß der Tarif nur noch auf dem Papier vorhanden ist. Es trifft nicht immer zu, daß die hohen Löhne durch die Burschen mit verdient worden sind; bei Verfertigung der Lohnlisten haben die Prinzipale falsch dividiert. Er stellt noch fest, daß bei den Pressern zwar keine Verschlechterung, aber auch keine Verbesserung durch den neuen Tarif eingetreten ist; das größte Hindernis, die Verlängerung der Arbeitszeit, sei aber glücklich beseitigt, und so könne man nur froh sein, daß endlich der Frieden wieder einkehrt; es möge Jeder dafür sorgen, daß das Beschlossene auch gehalten wird.

Schröder behauptet ebenfalls, daß die Arbeit bei Frißsche tarifmäßig bezahlt werden muß; er wünscht, daß die Tarifkommission mit den Fertigmachern bei Frißsche in Verbindung tritt und für tarifmäßige Bezahlung sorgt.

Auf eine Anfrage bestätigt Pfütze, daß die Preise für die Formate so festgesetzt sind, daß eine Schädigung der Broschüren auf jeden Fall ausgeschlossen ist.

Wibel ist überzeugt, daß der große Krieg beendet sei, aber jetzt werde erst der Guerillakrieg beginnen. Denn daß die Prinzipale versuchen werden, den Tarif zu durchbrechen, habe sich ja bereits bei der Firma Frißsche gezeigt. Der Vorwurf trifft hierbei die Arbeitgeber so gut als auch die Arbeitnehmer. Die Entlohnung der Akkordarbeiter bei Stundenlohn sei für ihn keine Prinzipienfrage; die Preise werden am meisten durch die Vertreter der Prinzipale gedrückt.

Rüger meint, bis auf einige wenig in Betracht kommende Punkte sind die Verhandlungen zur Zufriedenheit geführt worden. Wenn die Prinzipale besürchten, daß immer mehr Buchbinderarbeiten in Buchdruckereien hergestellt werden, so sind sie selbst hieran schuld, weil sie mit den Gehilfen nicht genügend Hand in Hand arbeiten. Mit der Streichung der Mädchenarbeit aus dem Tarif kann sich der Nedner nicht recht befreunden, dadurch werde bei den Mädchen die wahre Anarchie bestehen. Auf eine Frage wird ihm zugerufen, daß der Tarif am 31. August abläuft. Er erkennt noch an, daß die Tarifkommission alles getan habe, um den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Leider sei aber auch zu bemerken, daß das Rückgrat einiger Gehilfen recht schwach geworden sei, indem es unterlassen wird, auf die Durchführung der minimalsten Forderungen zu dringen.

Es gelangt zunächst die Resolution, und zwar in zwei Absätze getrennt, zur Abstimmung. Beide Absätze werden einstimmig angenommen.

Pfütze erwidert noch Wibel, der auf jeden Fall glaube, in den Abmachungen etwas finden zu müssen, daß die Kommission wohl zunächst über die betreffende Arbeit bei Frißsche nicht unterrichtet war; später habe man sich entschieden dagegen gewandt. Was Wibel hiermit in Verbindung gebracht habe, seien lediglich neue Sätze. Daß Rüger keine großen Verbesserungen durch den neuen Tarif erhält, sei erklärlich, weil er in größeren Formaten arbeitet; auf kleine Formate komme dagegen ein Zuschlag von 5 und 10 Pf. Zunächst komme eben die Allgemeinheit in Betracht; der Einzelne muß da zurücktreten.

Einige Arbeiterinnen beklagen sich noch über die Nachlässigkeit und das theilweise feige Verhalten einiger Werkstattkommissionen. So sind in mehreren Geschäften Ueberstunden gemacht worden, obgleich die letzte Ver-

sammlung beschlossen hatte, solche zu verweigern. Die neue Arbeitszeit wird bereits nächsten Sonnabend in Kraft treten; zur einheitlichen Einführung soll jedoch die Kommission die einzelnen Werkstätten nochmals besonders hierauf aufmerksam machen.

Nachdem noch Eberhardt auf die Extrasteuer aufmerksam gemacht und die Kollegen und Kolleginnen ersucht hat, im Interesse des Verbandes die Beiträge pünktlich zu begleichen, damit unser Kassenbestand so schnell als möglich wieder auf die alte Höhe gebracht wird, erfolgt Schluß der Versammlung.

Korrespondenzen.

Hannover. Am Sonnabend den 20. Oktober fand in hiesiger Zahlstelle eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag: „Der Arbeitsvertrag auf Grund des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs“, Referent: Arbeitersekretär Leinert; 2. Wahl einer Beschwerdekommision; 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Kollege Kornacker eröffnet die Versammlung um 9 1/4 Uhr und stellt, da der Referent erst später erscheinen kann, den zweiten Punkt als ersten zur Diskussion. Der Vorsitzende geht des Näheren auf den Beschluß der vorigen Mitgliederversammlung, eine Beschwerdekommision für etwaige Lohnstreitigkeiten zu wählen, ein und ist der Meinung, daß die Ansicht über den Wert einer solchen Kommission, sowie über die Aufgaben, welche dieselbe zu erfüllen habe, noch nicht ganz geklärt sei. In der sich hieran anschließenden Diskussion sprachen sich die Kollegen Walto und Güth für Wahl einer Lohnresp. Beschwerdekommision aus, welche bei allen vorkommenden Lohn Differenzen eingzugreifen habe. Harber, Kornacker und Henning sind der Ansicht, daß eine solche Kommission wertlos sei, so lange nicht ein fester Tarif bestesse, welchen die Kommission zu vertreten habe. Eine Kommission, welche mit der Ausarbeitung eines Tarifs beschäftigt sei, bestesse; man solle sich doch damit zufrieden geben und nicht noch eine Kommission wählen, welche, wie schon so mancher, der Vergessenheit anheimfallen würde. Pflicht eines jeden Kollegen sei es, selber dafür einzutreten, daß ihm nicht die Akkordpreise gekürzt würden. Es wurde sodann beschlossen, die Wahl einer Beschwerdekommision bis auf geeignete Zeit zu verschieben.

Inzwischen ist der Referent erschienen und beginnt derselbe seinen Vortrag: „Der Arbeitsvertrag auf Grund des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs“. In leichtfaßlicher und verständlicher Weise erläutert derselbe die gesetzlichen Bestimmungen betr. die minderjährigen Arbeiter. Vom siebenten Lebensjahr ab sei der jugendliche Arbeiter geschäftsfähig, jedoch bedürfe derselbe bei allen etwa abzuschließenden Verträgen der Einwilligung des Vaters oder Vormundes. Ohne diese Einwilligung besäßen abgeschlossene Verträge keine Rechtsgiltigkeit. Besondere Wichtigkeit sei den Bestimmungen betreffend Arbeitsbücher beizulegen. Bei mit Arbeitsbüchern versehenen jugendlichen Personen sei die besondere Einwilligung des Vaters resp. Vormundes nicht mehr erforderlich, da durch die Führung des Arbeitsbuches diese bereits dokumentiert sei. Der Arbeitsvertrag sei ein Kontrakt und sei zur Abschließung desselben die ausdrückliche Zustimmung beider Kontrahenten erforderlich. Ein Arbeitsvertrag habe keine Sittigkeit, wenn ein Arbeitgeber die Notlage eines Arbeiters benutze, um denselben unverhältnismäßig niedrig zu entlohnen. An der Hand praktischer Beispiele erläutert Nedner sodann die Bestimmungen über Lohnzahlung, Kündigung, Pfändung des Lohnes und Strafen. Wegen vorgerückter Zeit bricht hierauf Nedner seinen Vortrag nach anderthalbstündiger Dauer ab. Reicher Beifall lohnte denselben.

Der Vorsitzende giebt sodann bekannt, daß die Fortsetzung des Vortrags in nächster Mitgliederversammlung erfolgen werde.

Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhaft diskutierte über die vom Zentralvorstand und Ausschuß beschlossene wöchentliche Extrasteuer von 10 Pf. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß die Einführung derselben in Hannover auf große Schwierigkeiten stoßen werde. Kollege Müller befürchtet, daß sich die Erfahrungen von 1897 wiederholen und uns eine große Anzahl Mitglieder verloren gehen würden. Wir würden bei 35 Pf. Beitrag ebenso weit kommen wie mit 45 Pf. und behielten unsere Mitglieder. Mehrmann und Goppert betonen, daß Zentralvorstand und Ausschuß laut Verbandsratsbeschuß berechtigt seien und daß man sich dem fügen müsse, selbst wenn einige Mitglieder verloren gehen sollten. Harber glaubt, eine Notwendigkeit, diese Extrasteuer zu erheben,

liege nicht vor. Die Bewegung in den größeren Städten sei beendet; die Bewegungen in kleineren Städten würden nicht so große Kosten verursachen, daß sie nicht ohne Extrasteuer von der Verbandskasse getragen werden könnten. Unzweifelhaft würde uns dieselbe eine große Anzahl Mitglieder kosten.

Goppert tritt für sodann das Verhalten der Zahlstelle Hannover-Linden des Deutschen Holzarbeiterverbandes betreffend „Arbeitersekretariat“, und folgende eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes der Zahlstelle Hannover nehmen hiermit Kenntnis von den Beschlüssen betreffend „Arbeitersekretariat“ der Zahlstelle Hannover-Linden des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Die organisierten Buchbinder drücken hiermit ihr tiefes Bedauern über die so ganz gegen alle demokratische Disziplin verstößenden Beschlüsse aus. Die Versammlung hegt die Erwartung, daß auch bei den Holzarbeitern die einschlägigeren Elemente die Oberhand gewinnen und wenigstens den einen Beschluß: Verweigerung der Beitragszahlung, welcher aller demokratischen Disziplin ins Gesicht schlägt, wieder aufheben.“

Es wurde beschlossen, diese Resolution im hiesigen „Volkswille“ zu veröffentlichen. E. L. . . .

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen fand am 17. Oktober im Gewerkschaftshaus statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Welche Vorteile hat uns die Lohnbewegung gebracht? Referent: Bernh. Jost. 2. Wahl der Mitglieder eines Schiedsgerichts. 3. Verschiedenes. Kollege Jost führte ungefähr folgendes aus: Die Lohnbewegung der Kontobuchbranche habe wohl einen für alle Teilnehmer befriedigenden Abschluß gefunden. Der Minimallohn ist im großen Ganzen für Arbeiter und Arbeiterinnen durchgeführt, einschließlich der Löhne für Spezialarbeiter, ebenso ist der Neunstundentag in einigen noch rückständigen Werkstuben durchgeführt. Hauptsächlich sei es von Wichtigkeit, daß in dem Lohnstarif die Arbeiterinnen berücksichtigt worden sind, bisher hätten die Fabrikanten den Lohn der Arbeiterinnen immer willkürlich festgesetzt. Manche Kollegen behaupten immer, warum man nicht gleich 60 Pf. Stundenlohn festgesetzt habe. Diese und ähnliche Redensarten zeugen von einer Unkenntnis der Lage. Nedner behauptet noch, daß in anderen Städten, wie Hannover und Bries, wo doch die Geschäftsbücherbranche hauptsächlich vertreten ist, keine Lohnbewegung stattgefunden hat. In der Diskussion berichten verschiedene Nedner über Mißstände in den einzelnen Werkstuben. Kollege Jost bemerkt noch, daß der gedruckte Lohnstarif in allen Werkstuben ausgehängt werden muß. Der Vorsitzende Kollege M. Hoffmann fordert noch auf, die Forderungen mit Nachdruck zu vertreten; ferner bebauert derselbe, daß zu wenig Arbeiterinnen in der Versammlung erschienen sind; dieselben kümmern sich, nachdem sie die Forderungen bewilligt bekommen haben, wenig um die Angelegenheiten des Verbandes. Zum zweiten Punkt: Wahl der Mitglieder eines Schiedsgerichts, stellt Kollege Goldschmidt den Antrag, die drei Schiedsrichter provisorisch zu wählen und motiviert dieses mit dem schlechten Besuch der Versammlung. Dieser Antrag wird abgelehnt. In das Schiedsgericht werden die Kollegen Wagner, Müller, Heynisch und als Ersatzmann Kollege Kusch gewählt. Nachdem der Vorsitzende noch darauf aufmerksam macht, daß die Werkstube von Barschall, Neue Friedrichstraße, gesperrt ist, erfolgt Schluß der Versammlung. H. Kl.

Berlin. Am 24. ds. Mts. fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über „Häckels Welträtself“. 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt B. Hoffmann, als zweiten Punkt die Ausschreibung der Extrasteuer zu setzen. Desgleichen beantragt Schmitts, den Vortrag von der Tagesordnung abzusetzen. Gegen diese Anträge spricht Gerhardt. Beide werden von der Versammlung angenommen. Zum zweiten Punkt führt B. Hoffmann aus: Als die Aussperrung, von welcher ungefähr 3900 Kollegen und Kolleginnen betroffen wurden, vor sich ging und diese an unsere Verbandskasse erhebliche Anforderungen stellten, da glaubten Verschiedene, daß eine Extrasteuer ausgeschrieben werde. Es geschah dies nicht. Nun da die Bewegung vorüber ist und diese ungefähr die Hälfte unseres Verbandsvermögens verschlungen hat, da hat der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß eine Extrasteuer ausgeschrieben. Diese Ausschreibung erscheint als vollständig verfehlt, wenn man bedenkt, daß nach einer Bewegung

so wie so immer eine Anzahl Mitläufer wieder austreten. Hier wäre es jetzt an der Zeit, alle Kräfte aufzuwenden, um diese Mitläufer davon zu überzeugen, daß wenn sie treue Verbandsmitglieder werden, dies nur von Nutzen ist. Jedoch diese Tätigkeit werde fast zur Unmöglichkeit. Man giebt denen, die da Lust zum Austreten haben, den Grund dazu selbst in die Hände. Finanzielle Opfer hat der Streik den Mitgliedern so schon gekostet. Den an demselben nicht beteiligten Mitgliedern dadurch, daß 50 Pf. pro Woche erhoben wurden. Den Streikenden durch den Ausfall an Arbeitsverdienst. Frage man sich nun, ob denn unserer Verbandskasse durch diese Extrasteuer erhebliche Vorteile erwachsen, so sei die Antwort sehr zweifelhaft. Wir haben für drei Jahre geordnete Verhältnisse geschaffen. Nach Berechnung unserer Mitgliederzahl auf Grundlage der Einnahmen im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres müßte der Verlust der Verbandskasse in nicht ganz zwei Jahren wieder gedeckt sein. Noch günstiger liegen die Verhältnisse, wenn es uns gelingen würde, einen Teil der jetzt in Massen Eingetretenen zu erhalten. Dies ist jedoch jetzt sehr in Frage gestellt. Nebner glaubt, daß der Vorstand und Ausschuß diese Ausschreibung der Steuer überhaupt zu Unrecht verfügt haben. Nach dem Statut steht beiden Korporationen nur „in dringlichen Fällen“ ein Recht auf Ausschreibung zu. Wo sei denn hier der Fall dringend? Jetzt heiße es von dem uns zustehenden Recht der Urabstimmung Gebrauch machen. Nebner bringt folgende Anträge ein: 1. Die Versammlung wolle beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, die Vornahme einer Urabstimmung in die Wege zu leiten. 2. Die Zahlstelle Berlin beantragt: der Vorstand möge die Erhebung der Extrasteuer bis nach Erledigung der Urabstimmung absetzen.

Weinschild: Wie ein Blitz aus heiterem Himmel habe ich, sowie die Leberarbeiter die Ausschreibung getroffen. Dieselbe zeuge von einer Verständnislosigkeit ohne gleichen. Der letzte Verbandstag war einstimmig für den 35 Pf.-Beitrag. Damals freute man sich darüber. Jetzt hat sich dies geändert. Wenn man bedenkt, daß jetzt verschiedene indifferente Kollegen, z. B. Goldschmittmacher, Albumarbeiter u. s. w. unserer Organisation beigetreten sind, ferner wie viel Mühe es gekostet hat, diese zu gewinnen, und wenn man sich nun vorstelle, daß alle diese Branden jetzt, nachdem die Buchbinder ihre Forderungen bewilligt erhalten haben, dazu beitragen sollen, die dadurch leer gewordene Kasse mit Extrabeiträgen zu füllen, so wird man die Abneigung dieser neu gewonnenen Mitglieder dagegen begreifen. Wir dürfen uns dieser Ausschreibung auf keinen Fall fügen. Hier sei Gewalt gegen Gewalt anzuwenden. Verweigert die Zahlstelle Berlin die Ausgabe der Extramarken, so ist mindestens das Drittel, was im entgegengesetzten Falle austreten würde, zu halten. Treten diese aus, so können die Bleibenden lange zahlen, bis dieser Ausfall gedeckt ist. Wozu ist denn überhaupt diese Extrasteuer nötig? Um mit großen Zahlen prunken oder Hypothesen anlegen zu können? Die Leberarbeiter sträuben sich, die Extrasteuer zu zahlen, falls nicht eine Urabstimmung entscheidet. Mit der Leitung unserer Organisation ist Nebner überhaupt nicht zufrieden. Die letzten 14 Tage haben ihm bewiesen, daß Dietrich nicht auf dem richtigen Wege steht. Dietrich ist hier in Berlin abgefallen und nun rächt er sich durch diese Ausschreibung, die den Berlinern einen großen Teil Mitglieder kosten würde. (Stürmische Unterbrechung für den Nebner, ein kleinerer Teil gegen denselben.) Nebner glaubt, da seine Kollegen am meisten darunter leiden und seine bisher erfolgreiche Agitation sehr darunter litte, sich zu solchen Ausführungen berechtigt. Die ganze Agitation ist ihm in den letzten 14 Tagen durch Dietrich vererbt worden.

Schulmacher stellt richtig, daß schon zu Anfang der Bewegung vom Vorstand als solchen, nicht von Dietrich, eine Mittelheilung eingegangen sei dergestalt, daß nach der Bewegung eine Extrasteuer geplant sei.

Wir weist darauf hin, daß ja Hoffmann eigentlich hier für Berlin der Vater des Gedankens der Extrasteuer sei. Der Vorstand und Ausschuß, nicht die Vorsitzenden beider Korporationen sind diesem Gedanken näher getreten. Mit einer Urabstimmung könne er sich auch einverstanden erklären. Man solle jedoch, wenn man eine solche beantragt, nicht wieder wie 1897 erst dafür eintreten und nachher die Sache im Stich lassen. Wir haben uns 1897 unzweifelhaft mit der Urabstimmung blamirt. Wir wollen eine solche Komödie nicht wieder beginnen. Jeder möge diese Sache ruhig erwägen. Zeigen Sie, daß Berlin eine Mitgliedschaft unseres Verbandes ist.

Schmitts hält diese Ausschreibung für ungewinnlich. Er freut sich, daß Weinschild nun auch einmal den starken Arm unseres Verbandsvorsitzenden zu fühlen bekommt und jetzt anderer Meinung als bisher sei. Was nützt es, wenn wir jetzt mehr bezahlen. Wenn wir mal streifen wollen, bekommen wir wegen isolierten Vorgehens doch keine Unterstützung. Nebner ist dafür, daß die Zahlstelle Berlin die Ausgabe der Extramarken verweigert und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Schulmacher polemisiert gegen die Ausführungen Weinschild's und Schmitts. Der Antrag Schmitts würde nicht zur Abstimmung gebracht. Er erjudet den Antrag Hoffmann anzunehmen.

Sommer ist mit den erhöhten Beiträgen einverstanden, wenn diese Erhöhung in Berlin bleibt, sonst nicht.

Goldschmitt wendet sich ebenfalls gegen Weinschild. Es sei freilich ein taktischer Fehler, daß der erhöhte Beitrag nicht vor der Bewegung gefordert wurde. Hier in Berlin hätten wir wohl erreicht, was zu erreichen war, aber wie steht es denn in den kleinen Städten aus, 15 und 16 Mk. Lohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Da werde nun jetzt getreift und das koste immer noch Geld. Mit der Urabstimmung ist Nebner auch einverstanden.

Bölker ist im Allgemeinen kein Freund einer Extrasteuer. Er wäre im Ausschuß energischer gegen diese aufgetreten, wenn nicht ein Antrag der Zahlstelle Berlin auf Erhebung einer solchen vorgelegen hätte. Nun heiße es, dieser Extrabeitrag sollte während der Lohnbewegung erhoben werden. Schön. Aber wer sollte den denn bezahlen? Die Streikenden etwa? Nein, jedenfalls aber die Kollegen im übrigen Deutschland. Die Kollegen mit den erbärmlichsten Löhnen. Die, welche von unserer Organisation so gut wie nichts haben. Das war wohl nicht angängig. Nun wird hier dem Gedanken Ausdruck gegeben, Dietrich hätte aus Rücksicht so gehandelt. Wenn Dietrich ein Irrenhändler wäre, dann könnte man auf solche Gedanken kommen. Er ist es aber nicht, folglich ist ein solcher Gedanke lächerlich. Nun wird des Weiteren behauptet, Dietrich hatte in Leipzig die Berliner Forderungen zu Fall gebracht. Er hat ja nicht gestimmt. Seine Ausführungen, Büxenstein gegenüber, waren die natürliche Konsequenz der Verhandlungen. Wenn manche Mitglieder nicht Zweierlei darin erblicken, wenn jemand sagt „fügen sich die Berliner nicht, so entziehe ich ihnen die Unterstützung“ oder wenn die Berliner diese Forderung nicht anerkennen, so müsse der Vorstand an die Frage herantreten u. s. w., so haben sie kein Unterscheidungsvermögen und es läßt sich mit solchen nicht diskutieren. Will man Dietrich nicht mehr haben, so stelle man doch den Antrag, denselben abzusetzen, da wird man ja sehen, wie die Mitglieder über die Tätigkeit Dietrichs denken.

Hoffmann: Es war wohl Jeder erstaunt, als er diesen Erlaß zu Gesicht bekam. Er giebt denen, die da gehen wollen, den Grund in die Hände. Nebner polemisiert gegen Schmitts in Sachen Dietrich. Daß eine Extrasteuer vor und während der Aussperrung und vor dem Streik willig bezahlt worden wäre, beweist der Widerstandsfonds am besten. Innerhalb zwei Jahren war es uns kaum möglich, 2000 Mk. zusammen zu bekommen; in acht Wochen vor und während des Streiks sind über 3000 Mk. zusammen gekommen. Jedoch wie nun die Verhältnisse einmal liegen, sei es wohl besser, nicht erst wieder durch Urabstimmung Protest zu erheben, sondern zu zahlen und zu lernen, daß wenn wieder mal eine Bewegung vor der Thür steht, vorher zu sammeln sei.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Persönlich bemerkt noch B. Hoffmann, daß er seinerzeit den Antrag auf Erhebung der Extrasteuer so gestellt hätte, daß diese während der Bewegung erhoben werden solle.

Die Anträge Hoffmanns werden gegen wenige Stimmen angenommen.

Zum dritten Punkt, Abrechnung vom Sommerfest, erklärt Lemser das Wort. Diese Abrechnung weist eine Einnahme von 1622,25 Mk. und eine Ausgabe von 746,65 Mk., mithin ein Mehr von 875,60 Mk. auf. Nicht abgerechnet haben Potthast, Ulrich, Franke, Köpcke und Prenglau. Bergmann beantragt im Auftrag der Verwaltung, von diesem Ueberschuß dem Buchbinder-Männerchor 100 Mk. zu überweisen, da denselben durch den Begrüßungskommers der Delegierten zum Verbandstag die Fester seines Stiftungsfestes genommen wurde. Gegen diesen Antrag sprechen Goldschmitt und Gerhardt, für denselben Schmitts. Der Antrag wird angenommen. — Bytomski fordert fangesungene Mitglieder auf, dem Männerchor beizutreten. Die Uebungsstunden finden jeden Freitag 1/9 Uhr im „Fürstenhof“, Köpenickerstraße 127, statt.

Unter Verbandsangelegenheiten beantragt Gerhardt im Auftrag der Verwaltung, die Versammlung wolle ihre Zustimmung geben: 1. Die 40 Mk., welche für den Ausschüßbeamten über die bewilligte Summe ausgegeben wurden, werden aus der Lotokasse gedeckt; 2. den Ausschüßbeamten noch auf vier bis sechs Wochen zu beschäftigen. Die Gründe, welche die Verwaltung zu diesem zweiten Antrag bewegen, sind folgende. Es war nicht möglich, bis zu der stattfindenden Versammlung mit den Arbeiten soweit nachzukommen, daß die Geschäfts-, Kassen- und sonstigen Berichte gegeben werden konnten. Erst in der in 14 Tagen stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung könne dies geschehen. Es sind außerdem noch verschiedene andere Arbeiten bedeutend im Rückstand. Um mit allen diesen Arbeiten einmal auf das Laufende zu kommen, möge die Versammlung dem Antrag ihre Zustimmung geben. Goldschmitt ist gegen den zweiten Antrag; er ist der Meinung, daß die Verwaltungsmitglieder mehr zur Arbeit herangezogen werden, und stellt den Antrag, daß die Ausschüßbeamten nur bis zur Generalversammlung dauern sollte. Bergmann tritt für den Verwaltungsantrag ein, Schmitts für den Antrag Goldschmitts. Pfeifer stellt den Antrag, die Ausschüßbeamten nur zusammen sechs Wochen dauern.

Der Antrag der Verwaltung wird angenommen.

Frl. Hahn von der Firma H. S. Hermann fragt an, ob der Mädchentarif vom Tage der Einführung, also vom 15. Oktober an, bezahlt werden müsse, oder ob dies, wie bei obiger Firma geschehen, vom Tage der Ueberreichung des Tarifs an die Firma, also vom 23. Oktober ab, zu geschehen habe. Die Angelegenheit wird der Lohnkommission und Verwaltung überwiesen.

Die Verwaltung beantragt, über die Firma Sala, Schützenstraße, die Sperrung zu verhängen. Dem Antrag wird stattgegeben. Ferner werden bis 50 Mk. für Anschaffung eines Regals für das Bureau bewilligt. Nachdem noch mitgeteilt worden ist, daß bei Bleistein Mädchen zum Anschmieren beim Bindereinschlagen und Deckelmachen verwendet werden, erfolgt Schluß der gut besuchten Versammlung.

Köln. Am Samstag den 13. Oktober tagte im Restaurant „Im delfte Tommes“ eine öffentliche Versammlung von Buchbindern und Kartonnagenarbeitern, der auch einige Kartonnagenfabrikanten bewohnten.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Machinationen der vereinigten Kölner Kartonnagenfabrikanten gegenüber den Organisationsbestrebungen der Kartonnagenarbeiter, referierte Kollege Kaiser. Nebner bespricht nochmals die Entstehung und den Verlauf des Streiks bei der Firma Rosenzweig. Leider ging dieser Streik für uns verloren und beschlossen die Herren Fabrikanten in ihrer Vereinigung, die beteiligten Kollegen drei Monate lang auszusperrn. Nebner verurteilt in scharfen Worten diese brutale Gewaltmaßregel, wurde aber von Herrn Rosenzweig, welcher sich nicht geschert hatte, auch in der Versammlung zu erscheinen, mehrmals unterbrochen. Es fiel unter Anderem von ihm der Zwischenruf: „Noch länger!“ Also noch länger wie drei Monate sollen die Kollegen ausgesperrt werden. Nebner meint, wenn man sich die süßen Worte der Herren Fabrikanten in früheren öffentlichen Versammlungen von Kartonnagenarbeitern vorstelle und heute diese Taten der jungen Arbeitgebervereinigung dazu in Parallele setze, so müsse für jeden Kartonnagenarbeiter sich heraus nur das Eine ergeben: Alle Mann in die Organisation.

An der Diskussion, die sehr lebhaft war, beteiligte sich als erster Herr Rosenzweig. Er erklärte, daß in seiner Fabrik die besten Arbeitsbedingungen seien. Gegen eine Vereinigung der Kartonnagenarbeiter hätte er nichts, nur in den Buchbinderverband sollten sie nicht eintreten, da sie darin nur aufgeföhrt und ihnen die Groschen aus der Tasche geholt würden. Für seine Ausführungen erntete er schallendes Gelächter. Der Ausdruck des Fabrikanten Brandmann verdient festgenagelt zu werden, welcher dahin lautet, daß überhaupt niemals wieder einer der beteiligten Kollegen in Köln Arbeit bekomme. Im weiteren Verlauf der Diskussion wird von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß die Fabrikanten sich vereinigt und ihre Baaren um 15 bis 20 Prozent im Preise erhöht haben; vereinigen sich die Arbeiter, um ihre mißliche Lage zu verbessern, so werden sie für immer von den Prinzpalen von der Arbeit ausgesperrt.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kölner Buchbinder zu einer Lohnbewegung, redete Kollege Gast und führte etwa aus: In Leipzig, Berlin und Stuttgart haben unsere Kollegen durch ihre Einigkeit recht erfreuliche Erfolge erreicht. In ver-

schiedenen kleineren Städten sind Lohnbewegungen zum Teil schon mit Erfolg beendet, zum Teil mit guten Aussichten auf Erfolg den Prinzipalen Forderungen zuge stellt worden. In Köln sind die Arbeitsverhältnisse keineswegs die besten. Wenn aber hier noch nichts unternommen werden konnte, so liegt das an der Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegenchaft. Wollen die Kölner Buchbinder ihre Lage verbessern, so mögen sie Mann für Mann der Organisation beitreten. Im ähnlichen Sinne äußern sich noch mehrere Kollegen. J. G. tz.

Dortmund. Am 20. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Demzufolge fanden im verfloffenen Quartal 7 Mitglieder, 2 öffentliche und 3 Werksstubenversammlungen statt. Hieran anschließend berichtete der Kassier über den Kassenbestand. Die Kasse hatte eine Einnahme von 106,50 Mk., eine Ausgabe von 16,15 Mk., mithin Bestand 90,35 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 59. Die Revisoren erklärten, die Kasse in Ordnung gefunden zu haben und wurde auf deren Antrag dem Kassier Decharge erteilt. Bei darauf folgenden Wahl eines Revisors wurde Kollege Grismann als solcher gewählt. Als Beisitzer zum Gewerbegericht wurden die Kollegen Grismann, Mertens und Kur in Vorschlag gebracht.

Unter Verschiedenem wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die kleineren Städte, wo keine Zahlstellen sind, vernachlässigt würden, es müßte eine bessere Agitation dahingehend entfaltet werden, damit auch dort bessere Verhältnisse zu Stande kämen. Bisher wären es nur immer die Großstädte gewesen, die greifbare Erfolge erzielt haben. So muß auch in den kleineren Städten vorgegangen werden, damit auch dort annehmbare Lebensbedingungen errungen werden können und damit es den betreffenden Städten, die bereits einen annehmbaren Lohn haben, nicht so schwer fällt, diesen auch sich zu erhalten. Dann wurde erwähnt, daß von verschiedenen Städten Forderungen gestellt wären, die gar nicht im Verhältnis zu denen anderer Städte ständen; da müßte doch der Verbandsvorstand darauf hinweisen, daß solche Forderungen, wie z. B. für Bielefeld 18 Mk. Minimallohn, entschieden zu wenig ist. Dies sei aber in erster Linie Schuld der dort befindlichen Kollegen selber, da sich dieselben im Verhältnis zu anderen Städten sehr günstig stehen. Hierauf wurde die von circa 26 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen. H. Th.

Zeit. Die hiesige Zahlstelle hielt am Sonnabend den 20. Oktober ihre dritte Quartalsversammlung ab. In derselben wurde zunächst bestimmt, fernerhin über die Tätigkeit der Zahlstelle kleine Berichte im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Da wir bei Gründung unserer Zahlstelle am 1. April d. J. durch Vernachlässigung unseres früheren Schriftführers den feinerzeit aufzustellenden Bericht nicht einfinden konnten, lassen wir heute in Kürze über unsere allgemeine Lage etwas in die Öffentlichkeit bringen.

Unsere Zahlstelle zählt zur Zeit 15 Mitglieder, welche fast vollständig unsere alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen besuchen. Wenn auch unsere Zahlstelle eine der kleinsten ist, so sind doch hier am Orte 75 Prozent der Kollegen organisiert; wir hoffen für die Zukunft noch das Beste. Auch haben wir schon mehrfach den Versuch gemacht, die in hiesiger Kartonnagenfabrik beschäftigten Arbeiterinnen zu unserer Organisation heranzuziehen, doch scheiterte der Versuch weniger an dem guten Willen, sich unserem Verband anzuschließen, sondern an unsicheren Erwerbsverhältnissen; die meisten der Kolleginnen sind nämlich oft gezwungen, ihre Stellung zu wechseln und in anderen Branchen Beschäftigung zu suchen.

Der Gesamtvorstand besteht zur Zeit aus den Kollegen G. Rösner, Vorsitzender, B. Lempe, Schriftführer, P. Wagler, Kassierer, und B. Flohr, Beisitzer. In der letzten Versammlung wurde der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes und Ausschusses in unserem Organ (Extrasteuer betreffend) voll und ganz zugestimmt. Obwohl anfangs die Meinung herrschte, deshalb unsere Lokalsteuer aufzuheben, wurde doch durch gegenseitige Aussprache bestimmt, auch diese beizubehalten.

Kassierer Kollege Wagler erstattete hierauf seinen Bericht vom dritten Quartalsabschluss, welcher sich folgendermaßen gestaltete: Einnahme 71,30 Mk., an die Verbandshauptkasse abgeschickt 59,80 Mk., für Lokalverwaltung am Orte behalten 11,50 Mk., bisheriger Kassenbestand 11,90 Mk. Der Abschluß wurde durch unseren Revisor Kollege Steinbock geprüft und für richtig befunden.

Unter „Verschiedenes“ wurde, um auch der Geselligkeit Rechnung zu tragen, beschlossen, Sonnabend den 27. Oktober einen Abendausflug auszuführen.

Mit dem Bewußtsein, daß die heutige Versammlung zum Wohle unserer Organisation beigetragen hat, wurde dieselbe mit einem „Heck“ geschlossen. Lempe.

Braunschweig. Unsere vierteljährliche Generalversammlung fand am 20. Oktober statt. Laut Bericht des Vorsitzenden fanden im letzten Vierteljahr fünf Mitglieder- und eine Generalversammlung statt. Der Besuch ließ sehr viel zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Quartals 42; im Laufe desselben traten ein 4, zugereist sind 2, abgerückt 10 und ausgetreten 3 Kollegen; wegen Resten gestrichen wurde Kollege Langkopf. Am Schlusse des Quartals betrug demnach der Mitgliederbestand 34, davon sind 9 auswärtige Mitglieder. Die Verbandskasse hat eine Einnahme von 185,40 Mk., eine Ausgabe von 205,53 Mk., somit ein Defizit von 20,13 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 126,33 Mk., Ausgabe 69,36 Mk., Bestand 61,97 Mk. Hiermit wurde dem Kassier die Decharge erteilt. Der Bücherbestand der Bibliothek betrug 118 Bücher; derselben wurden von einem Kollegen zwölf Bücher geschenkt. Entliehen wurden der Bibliothek im Laufe des Quartals von 15 Kollegen 27 Bücher.

Einer Einladung von Seiten unserer Hildesheimer Kollegen zufolge fand am 19. August ein Ausflug nach dort statt, wo sich die hiesigen Kollegen köstlich amüsiert haben. Hiermit den Hildesheimer Kollegen nochmals unseren herzlichsten Dank. Otto Lange.

Lahr i. W. Seit einiger Zeit schon wurde der Versuch gemacht, vom Gau direkt, als auch von der Zahlstelle Freiburg aus die hieselbst in vielen Kartonnagenfabriken thätigen Kollegen zu organisieren.

Eine am Sonntag den 21. Oktober zu diesem Zwecke abgehaltene Versammlung war von gutem Erfolg gekrönt. Ein aus Freiburg entladener Referent, Spandl, hielt einen heilsämligen ausgenommenen Vortrag über die Arbeiterorganisation des Mittelalters und der Jetztzeit, zum Schluß des Referats die Anwesenden auffordernd, zur Wahrung ihrer Interessen sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen.

Hierauf sprach der Kollege Peter Wind aus Freiburg über die Aufgaben unseres Verbandes, die Unterstützungseinrichtungen desselben den Versammelten detaillierend, um sodann auf die in diesem Jahre errungenen Vortheile verschiedener Zahlstellen durch die Tarifbewegung hinzuweisen. In der Diskussion wurden von einem Lahrer Kollegen die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen. Wie notwendig auch dort das Vordringen unserer Organisation ist, um bessere Verhältnisse zu erhalten, beweist der Umstand, daß daselbst noch die 11 stündige Arbeitszeit herrscht und die Löhne zwischen 10 bis 20 Mk. variieren.

Der Aufforderung des Kollegen Wind, sich dem Verband anzuschließen, kamen etwa 30 Kollegen nach.

Bundschau.

* Gegenüber der Opposition gegen die Extrasteuer hebt sich ein Beschluß der Dortmunder Kollegen sehr vorteilhaft hervor. Die Dortmunder haben beschlossen, den einmaligen Betrag der Zulage von einer Woche, welche dieselben durch die Lohnbewegung erhalten haben, zur Unterstützung der Streikenden abzuliefern. 32 Kollegen haben das ganz respectable Summchen von 80 Mk. gesammelt und an die Verbandskasse abgeführt.

* Bei den Buchdruckern steht im Vordergrund des Interesses die zu erfolgende Tarifrevision. Am 13. und 14. Oktober tagte in Berlin eine Konferenz der Gewerkschafter, in der über ein Programm herathen wurde, welches der demnächstigen Tarifrevision von Seiten der Gehilfen zu Grunde gelegt werden soll. Die Gültigkeitsdauer des Tarifs wurde von einer Seite auf zwei Jahre befürwortet, während von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß zur Durchführung eines Tarifs erfahrungsgemäß eine längere Zeit notwendig sei. Die Gültigkeitsdauer soll bemessen werden je nach dem Entgegenkommen, welches die Prinzipale den Forderungen der Gehilfen entgegenbringen werden. Eine allgemeine Verfürzung der Arbeitszeit zu fordern wurde, weil wenig Aussicht auf die Durchführbarkeit dieser Forderung, nicht beschlossen, dagegen aber eine Erhöhung der Grundpositionen und des Minimums zu verlangen. Als Quintessenz der Verhandlungen wurde dann folgende Resolution angenommen:

„In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise und in der weiteren Er-

wägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde und berechnete Wünsche auf Lohnerhöhung unberücksichtigt blieben, stellt sich die Gewerkschafterkonferenz auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehalts bezw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit theuren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine dementsprechende Regelung der Lokalschlüsse zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifs in der angebotenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Druckorten, herbeizuführen!“

Berichtigung.

Auf Grund des Preßgesetzes berichtigt die Firma G. Rosenzweig aus Köln, daß in ihrem Betrieb nicht die elfstündige, sondern die zehnstündige Arbeitszeit herrscht. Wir müssen es den Kollegen in Köln überlassen, zu dieser Berichtigung sich zu äußern.

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dieß' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 25 Pf. (pro Quartal 3,25 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 4.

Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachleuten von Emanuel Wurm. Verlag von J. H. W. Dieß' Nachf., Stuttgart. Erschienen ist Heft 9 u. 10. **Das hungere Rußland.** Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. L. Lehmann und Barvuk. Verlag von J. H. W. Dieß' Nachf., Stuttgart. Erschienen ist Heft 2 und 3.

Der wahre Jakob. Stuttgart, Dieß' Verlag. Erschienen ist Nr. 371/21.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. (Herausgeber Dr. J. Jaström.) Verlag von Georg Reimer, Berlin. Erschienen ist Nr. 2 des 4. Jahrganges.

In Freien Stunden, eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Erschienen ist Heft 39, 40, 41 und 42 des 4. Jahrganges. „Der Sohn des Rebellen“, nach Viktor Hugos Roman „Der lachende Mann“.

Das soeben in der Buchhandlung Vorwärts in Berlin kurz nach dem Mainzer Parteitags-Protokoll herausgegebene **Protokoll des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Paris** hat den Vorzug, daß es rasch erschienen ist und durch den billigen Preis von 20 Pf. jedem Genossen die Anschaffung ermöglicht.

Briefkasten.

B. C. in St. Abonnementsbetrag dankend erhalten. C. B. in Berlin. Die zweite Fassung des Inserats hielt ich für Ihre Zwecke am passendsten. Versuchen Sie es mit Ihrem Antrag auf Abschluß bei der Ortsverwaltung.

A. B. und O. E. in Berlin. Für diese Nummer unmöglich, in nächster Nummer; werde alle Wünsche berücksichtigen.

Zahlstelle Charlottenburg. Der Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes muß zunächst dem Verbandsvorstand vorgelegt werden, bevor ich ihn in der Zeitung veröffentlichen kann.

R. A. in B. Karte erhalten. Gruß!

K. B. in K. In nächster Nummer. Vergnügungsbericht erwähnen wir bei der nächsten Versammlungskorrespondenz.

B. Sch. in J. In nächster Nummer. Besten Gruß! A. B. in W. Konnte beim besten Willen Ihrem Wunsche nicht entsprechen. — Ich bin der Betreffende nicht, ich bin leider — Berliner.

R. K. in B. Es wird am besten sein, wir „rauben dem Dinge nicht die Würze“, indem wir es ungedruckt lassen.

Zurückgestellt für nächste Nummer: Berichte aus Eisenberg, Charlottenburg, Aachen.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Altenburg (S.-A.): Otto Jänike, Gartenstr. 18, G. I. Gmünd (Schwab.): Fritz Böhler, Hengenstraße 12 I. Gagen i. W.: Albert Schloßhahn, Rembergstr. 88 II. Mannheim: C. Göbe, „Zum Klostergärtchen“, U. 6, 13, Friedrichsring.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungszuschläger.

Altenburg (S.-A.). Z. A. Bruno Horn, Kunstgasse 4; von 12—1 und 6—7 Uhr. Sonntags von 12—1 1/2 Uhr. (Auch Unterstützung aus lokalen Mitteln.) M. 16 Mk. Az. 10 St.

Abrechnungen

für das 3. Quartal sind bei der Verbandskasse vom 23. bis 30. Oktober eingelaufen: Von Wlbershof mit 65,78 Mk., Altenburg 111,12 Mk., Altona 100 Mk., Bant-Wilhelms-haven 35,45 Mk., Breg 60 Mk., Chemnitz 50 Mk., Danzig — M., Düsseldorf 112,74 Mk., Duisburg-Ruhrort 64,80 Mk., Eisenberg 126,98 Mk., Elberfeld 100 Mk., Frankfurt a. M. 184,69 Mk., Fürth 160 Mk., Hanau 45,58 Mk., Hannover 652,15 Mk., Jena — M., Karlsruhe 100 Mk., Leipzig 6129,45 Mk., Solingen 144,80 Mk. Gau 1 — Mk., Gau 5 35 Mk., Gau 6 36,32 Mk. und von Gau 7 mit 49,08 Mk. G. Panetten.

Quittung.

Für die Ausgesperrten sind weiter bei der Verbandskasse eingegangen: Von Chemnitz 13,25 Mk., Duisburg-Ruhrort 29,35 Mk., Elberfeld 23,10 Mk., Gelsenkirchen 17,45 Mk., Hannover 106,40 Mk., Witzsburg 17,30 Mk. und durch Kollege Howell in London 64,26 Mk. Zusammen 273,11 Mk. Gesamtsomme der bis zum 30. Oktober eingegangenen Gelder 5986,47 Mk. G. Panetten.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingef. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
619] [2,60
Verwaltungsstelle Regensburg.

Samstag den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, in Guringers Restauration, 1. Stock, am Judensteine, statutengemäße **Quartalversammlung.**

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
- 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Regensburg.
Am 27. Oktober starb unser Mitglied **Jakob Niederwieser,**
Buchbinder aus Regensburg, im Alter von 32 Jahren.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 7. November, Abends 8 1/2 Uhr, in „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Ausserordentliche General-Versammlung.

620] Tagesordnung: [2,50

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Abrechnung von der Irania-Vorstellung.
- 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Das vollständige Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Ortsverwaltung.

Die Billets vom Herbstvergügen sind bis **spätestens Sonnabend den 10. November** in unserem Bureau abzurechnen, andernfalls die Restanten veröffentlicht werden müssen.

Billets à 75 Pf. zur **Tropfener Sternwarte** sind noch in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben.

Köln.

Köln.

Sonntag den 11. November findet im großen Saale der Restauration „Zum besten Komme“, Glockengasse 87/89, Ecke Hämergasse [2,00

Grosses Winter-Fest

statt, bestehend in

Theater, Konzert und Ball

unter gefälliger Mitwirkung des **Freien Gesangs-, Radfahr- und Athleten-Vereins.**

Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.

Wir laden besonders die benachbarten Zahlstellen ein, da schriftliche Einladungen nicht erfolgen.

Im Auftrage der Festkommission.

621] G. Sauerbeck.

Herausgegeben vom Verband durch H. Dietrich, Stuttgart.

Buchbinder-Männerchor Berlin.

(Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes.)

Sonnabend den 10. November 1900

LIEDER-ABEND

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15
622] bestehend in [7,00

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt von der „Freien Vereinigung“ der Zivil-Berufsmusiker.

ferner **Chorgesang, Solo- und humoristische Vorträge.**

Nach dem Programm **Großer Ball.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang Abends 8 Uhr.

Ende = / ???

Kollegen, Freunde und Gönner unseres Vereins, einen genussreichen Abend versprechend, ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Programme à 30 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen, sowie im Bureau des Verbandes, Engel-Ufer 15, ferner in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Buchbinder-Männerchor München.

(Mitgl. d. Arbeiter-Sängerbundes.) [1,50

Sonntag den 18. November

Katharinen-Kränzchen,

623a] bestehend in [1,90

Konzert, Gesang,

komischen Vorträgen und Tanz

im Prachtsaale der „Alhambra“.

Anfang 4 Uhr. Eintritt à 20 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

Der Ausschuss.

Unserem lieben Kollegen und Vorsitzenden **Schwarzkopf** zu seiner Abreise nach Düsseldorf, sowie unserem Kollegen **Gebhardt** bei seiner Ueberiedlung nach Geislingen ein

624] **„Herzliches Lebewohl!“** [1,00

Die organisierten Kollegen der Zahlstelle Gmünd.

Turnverein Jahn Stuttgart.

(Mitgl. des Arbeiterturnerbundes.)

Sonntag den 4. November, Nachmittags 4 Uhr

Unterhaltungs-Abend

unter gütiger Mitwirkung des „Buchbinder-Männer-Chors“ im großen Saale der „Arbeiterhalle“, Heustegstraße 45. [3,60

Programme à 20 Pf. im Vorverkauf im Gewerkschaftshaus „Goldener Haren“, Ehlingerstraße.

Die organisierten Buchbinderarbeiten und Arbeiterinnen sind hierdurch höflichst eingeladen.

Nach Schluss des Programms

Tanz-Unterhaltung (Anfang 8 Uhr).

625] **Der Ausschuss des Turnvereins Jahn.**

Kollegen, welche die Adresse des [0,60
Paul Janda, Buchbinder aus Znaim
kennen, werden ersucht, selbige mir bekannt zu geben.

Berlin. **Victor Czarny,**
626] Simultanstalt Bongarsh, Alexandrinenstr. 93.

Geübte Goldaufträgerinnen

finden gut lohnende und dauernde Stückarbeit [1,80

in der **Buchbinderei**

der **Deutschen Verlagsanstalt**

627a] Stuttgart, Neckarstraße.

628] **Tüchtiger erster** [2,20

Buchbindergehilfe,

welcher fähig ist ein Personal von 6 Mann zu beaufsichtigen, überhaupt den Meister vertreten kann, findet dauernde und gute Stellung. Bei zufriedenstellender Leistung nicht unter 28 Mark pro Woche Anfangsgehalt.

Offerten mit Angabe der Brandentennnisse und Mittheilung über bisherige Thätigkeit bitte unter **O. W.** an die Expedition dieses Blattes richten zu wollen.

Schnittmacher,

gelbt im **Schräggoldschnitt** und **Zierschnitt** gegen hohen Lohn dauernd gesucht. [1,40

629a] **G. Rumler, Düsseldorf.**

Buchbinderladen

mit **Verfakt** und **Wohnung**, der hiesigen Schule gegenüber gelegen, sofort oder 1. Januar 1901 zu vermieten.

Näheres **Schubertw. i. S., Restaurant „Zur Bleiche“.** 630] [1,40

Pressvergolder,

tüchtig auf Sortiment, findet dauernde Stellung nach der Schweiz in Geschäftsbüchereifabrik. 631] [1,40
Offerten unter **N. B.** an die Expedition dieser Zeitung.

1 Buchdruck-Tiegelpresse für Fuss-u. Kraftbetrieb, 1 Handpresse, Druckutensilien u. einige Schriften, fast neu, spottbillig zum Verkauf bei A. Q. Harboe, Hamburg, Altonaerstrasse 20. 632] [1,20

Empfehle den werthen Kollegen und Kolleginnen meinen vorzüglich garantirt reinen 633a] [1,20

Cacao, feine Chocoladen

und **Confituren.**

Leipzig-Heudnitz. **G. Michael.**

634] **Getraden.** Kohlgarten und Alkenstraße. **Getraden.**

O. Müllers Restaurant u. Café

Möckern b. L., Kirchweg 32. Endstation d. Gr. Elektrischen Strassenbahn (Linie Möckern-Gonnwitz). Fernsprech-Anschluss 7945.

Empfehle allen Kollegen meine Lokalitäten bei eventuellen 684] Gelegenheiten zur Benutzung. [1,20

Biere und Speisen von bekannter Güte. Mit Gruß **Otto Müller.**